

Gerhard Wysocki

90 Jahre nach dem Massenmord und  
warum das Massaker 1933 in Rieseberg uns auch in Zukunft eine Mah-  
nung sein wird

Zur Gedenkveranstaltung in Rieseberg am 04. Juli 2023



2023 aktualisierte und veränderte Fassung einer unveröffentlichten Rede vom 04. Juli 2010  
77 Jahre nach den Mordtaten in Rieseberg

Der vorliegende Text beruht auf einer am 04. Juli 2010 gehaltenen Rede zum Gedenken der 1933 dort ermordeten Arbeiterbetriebsräte. Durch die Erweiterung des Textes sind neben den aktuellen Zufügungen auch die Passagen übernommen worden, die den Charakter der Würdigung der in Rieseberg ermordeten Arbeiterbetriebsräte enthalten.

Wir erleben, dass sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur rechtspopulistische, rassistische und rechtsextremistische Einstellungen und wahlstimmender Zuspruch für rechte Parteiprogrammatik verbreitet haben, sondern auch daraus motivierte Gewalthandlungen bis hin zum organisierten Mord zunehmen, wobei staatliche Organe, die gemäß unserer rechtsstaatlichen Verfassung den Schutz davor zu gewährleisten vorgesehen sind, ebenso wie viele politischen Entscheidungsträger versagt haben. Aus diesem Grund engagieren sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Initiativen und Vereinen, um vor allem diese Entwicklungen zu beobachten, darüber zu informieren und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren, die geeignet sind, den Trend aufzuhalten.

Wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Verteidigerinnen und Verteidiger von Demokratie und Recht sowie Engagierte für soziale Gerechtigkeit kommen jedes Jahr an diesem Ort zusammen, um uns gemeinsam an die Ereignisse des 04. Juli 1933 zu erinnern und um derer zu gedenken, die ihr Leben gaben im Kampf für eine demokratische Republik und für soziale Gerechtigkeit, ein Kampf der in den letzten Jahren der Weimarer Republik und vor allem ein Kampf sowohl gegen die wahlrungenen Mandate und Einflussnahmen der NSDAP auf die Politik als auch gegen die paramilitärisch in SA- und SS-Verbänden organisierten Schlägertrupps dieser Partei. Insofern soll der Beitrag keine neue Nacherzählung der gesamten Ereignisse dieser Zeit darstellen, sondern dazu anregen, im Zusammenhang des Gedenkens zum 4ten Juli Überlegungen miteinander zu diskutieren, inwieweit sich aus dem Gedenken Orientierungen für das heutige Handeln ableiten lassen. Deshalb steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit bestimmte Entwicklungsphänomene, die letztlich zur Beseitigung der ersten Demokratie in Deutschlands geführt haben, in unserer Zeit analoge Muster und Wirkungen aufweisen, die als Warnung nicht übersehen werden sollten. Auffällig ist, dass in der öffentlichen Debatte historische und aktuelle Studien über das Wesen rechtsextremistischen Gewalt, immer noch nicht dem Problem angemessen wahrgenommen, geschweige politisch begegnet werden.

### **Vorweg: Zur Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Demokratie**

Ich schließe mich dabei dem ehemaligen Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Peter Steinbach, an, der darauf hinweist, dass wir mit der Erinnerung an diejenigen, die verfolgt wurden sowie an diejenigen, die Widerstand entwickelten oder leisteten und die dafür um ihr Leben gebracht wurden, eine „besondere politische Funktion“ erfüllen, „die sich nicht in der Verpflichtung von Politikern und Festtagsrednern erschöpft, anlässlich runder Tage eine ‚wuchtige Rede‘ zu halten“.<sup>1</sup> Steinbach weiter:

„Die Erinnerung hat vielmehr eine ganz eigene Bedeutung für die politische Maßstabsbildung – sie ist nicht Gelegenheit für die politisch vermittelte Sinngebung und Sinnstiftung im Sinn der umstrittenen Geschichtspolitik, sondern kann nur der Anlaß für ein grundsätzliches Nachdenken über das Politische, über Ziele und Grenzen, Gefährdungen und Gefahren des Staates und der Gesellschaft, nicht zuletzt aber der Menschen im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft sein.“<sup>2</sup>

Dieses grundsätzliche Nachdenken kann jedoch nur mit den Themen und Fragen der Gegenwart geleistet werden. Dabei besteht die Gratwanderung darin, einerseits nicht in vereinfachende Gleichsetzungen zu verfallen, mit denen eine pauschale Identität heutiger Entwicklungen unterstellt wird, auf der andere Seite aber ebenso wenig in verharmlosende Entschärfungen, mit denen die Unterschiedsphänomene so in den Vordergrund gestellt werden, dass die entscheidenden Muster der Bedrohungen für Demokratie und Menschenrechte in einer unverbindlichen Meinungsbeliebigkeit verschwimmen. Unser Gedenken an die 1933 in Rieseberg ermordeten Arbeiterbetriebsräte kann demnach nur als ein Akt der politischen Bildung und als eine grundlegende Orientierung für unser politisches Handeln begriffen werden.

Bevor ich auf die Ereignisse und deren Bedeutung eingehe, erlaube sei eine Anmerkung vorweggeschickt hinsichtlich der Jahrestage in der Erinnerung zeitgeschichtlicher Ereignisse: Für bedeutsam halte ich, dass wir dieses Erinnern jedes Jahr begehen, und zwar unabhängig vom medialen Interesse an geschichtlichen Ereignissen. Denn unser Interesse besteht darin, aus der Geschichte der Arbeiter-

---

<sup>1</sup> So der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Prof. Dr. Peter Steinbach, anlässlich der Erinnerung der Widerstandes der Mitglieder der Weißen Rose: "Erinnerung – aktives Gedenken". Annäherungen an den Widerstand; in: Die Weiße Rose und das Erbe des deutschen Widerstandes. Münchner Gedächtnisvorlesungen, München 1993, S. 134

<sup>2</sup> Ebenda

bewegung und der Geschichte des Faschismus und Nazismus mit all den Verbrechen, die als bleibende Hypothek einen Bestandteil der nationalen Identität bilden, eine Orientierung zu gewinnen und Klarheit für das gesellschaftspolitische Handeln zu gewinnen.<sup>3</sup>

Erst vor fast fünf Jahren haben wir der Ereignisse der Novemberrevolution von 1918/19 gedacht, die 100 Jahre zurückliegen, sowie zwei Jahre später des folgenden Kapp-Putsches und der Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen Faschisten und Rechtsextremisten. Beide Phasen sind essenziell sowohl als Zäsur in der Geschichte Deutschlands im allgemeinen und der Arbeiterbewegung im besonderen, als auch um die Ereignisse des Jahres 1933 und die Konstituierung des Faschismus und Nazismus in Deutschland zu verstehen.

Im Verständnis der Öffentlichkeit erscheint die Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft rückblickend überwiegend in ihren bedrückendsten Verfolgungseinrichtungen (oder „Ergebnissen“), nämlich der Konzentrationslager, vor allem der Vernichtungslager und der Vernichtung der Juden in Europa während des Krieges. Vertreter aller privaten und öffentlichen Organisation nehmen programmatisch zu diesem Thema entschieden eine gleiche Haltung ein: nämlich dass Hitlers und Himmlers KZ-Lager als Höhepunkt menschenverachtender Politik entschieden verurteilt werden müssen, weshalb Entwicklungen, die wieder zu analogen Verhältnissen führen könnten, schon in den Anfängen zu unterbinden sind.

Das sieht jedoch in der Beurteilung des Jahres 1933 schon anders aus – ebenso für die weichenstellenden Ereignisse in den Jahren davor, die dazu geführt haben, dass es so weit kommen konnte. Freilich, hier habe sich das nazistische Regime etabliert, doch indirekt geben rechte bis konservative, selbst liberale Politiker und Geisteswissenschaftler auch der Arbeiterbewegung eine Mitschuld: Schließlich habe das Bürgertum Angst vor der Bolschewisierung Deutschlands gehabt, die Gewalt sei gleichzeitig auch von links eskaliert und der Radikalismus von links habe schließlich auch seinen Teil zur Zerstörung der Weimarer Republik beigetragen.

Solcherlei Ansichten bis in das Gros der Gesellschaft kommen nicht von ungefähr. Denn, so meine These, die ich im Zusammenhang mit dem Widerstandswillen der Braunschweiger Arbeiter 1933 zeigen will, ist, dass bislang weder die Gesellschaft noch die Politik als Gesamtheit betrachtet, die Leistungen der Arbeiter für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland angemessen gewürdigt haben, jedenfalls noch keineswegs so, wie sie es verdient hat. So kontrastiert die Aufmerksamkeit, mit dem heute das Paulskirchenparlament von 1848 als die Wiege unserer Demokratie hervorgehoben wird mit mangelnden Hinweisen darauf, dass es – neben einer Strömung unter den Liberalen – fast ausschließlich die Arbeiterbewegung war, die die Grundgedanken der Revolution von 1848 bewahrt und – mit zunehmender Repression des 1871 zum Kaiserreich avancierten Deutschen Reiches (Sozialistengesetz unter der Kanzlerschaft Bismarcks) weitergetragen hat. Die zunehmende Proletarisierung verbunden mit den sozialen Problemen der aufkommenden Industriegesellschaft sowie einem Dreiklassenwahlrecht (Preußen, Herzogtum Braunschweig) und einer die Arbeiterschaft benachteiligenden Justiz führte in der organisierten Arbeiterschaft – gestützt durch eine authentische Bildungsarbeit – zum Klassenbewusstsein und einem Willensbildungsprozess, in dem eine neue Gesellschaftsverfassung als notwendig erkannt wurde. Die vier Jahre andauernde Menschenvernichtung im Ersten Weltkrieg und der militärische wie ökonomische Bankrott des Systems führten zur Radikalisierung der Arbeiterschaft und ließen die Stimmen für die Beendigung des Krieges und einen grundlegenden Umbau des Staates anwachsen.

Ohne eine radikale sozialistische Strömung in der Arbeiterbewegung hätte auch ein „zahmer“ Teil der Arbeiterbewegung eine konstitutionelle Monarchie mit aristokratischem Führungsstil durchaus weiterhin akzeptiert. Dagegen ist der Faschismus in Deutschland – im langen Rückblick gesehen – auch eine Antwort des Gros der herrschenden Eliten auf die militärische Niederlage des Kaiserreichs und seiner Konsequenzen, vor allem des Aufstandes der Matrosen, der Solidarisierung der einfachen Soldaten mit ihnen sowie der Erhebung der Arbeiter und Arbeiterinnen im November 1918 gegen die

---

<sup>3</sup> Die gelegentlich neu entfachten Debatten, ob wir es in erster Linie mit Rechtsextremismus, Faschismus oder Nazismus zu tun haben, stellen eine eigenes Kapitel der Debatte dar, zumal die intellektuellen Köpfe der Arbeiterbewegung nach 1933 den Schock über die fatale Niederlage versuchten, theoretisch zu erklären („Dimitroff-Formel“, „Bonapartismustheorie“ u.a.m.).

Für den vorliegenden Beitrag beziehe ich mich hauptsächlich auf die Unterscheidung, die Fritz Bauer für den Nazismus vom Faschismus trifft. Die Differenz sieht er vor allem darin, dass zwar beide hinsichtlich ideologischen Fundamenten, Einparteienherrschaft, Führerprinzip u.a. identisch sind, aber der Nazismus sich darüber hinaus – so seine Diagnose über Deutschland im Vergleich zum italienischen Mussolini-Faschismus – dadurch auszeichne, dass „der Staat selbst, seine Gesetzgebung, seine Verwaltung, und Rechtsprechung ganz oder in wesentlichen Teilen kriminell geworden sind.“

Fritz Bauer: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns, Frankfurt 1965, S.9

Fortsetzung des Krieges. Einer Anbiederung seitens konfliktvermeidender Teile der Arbeiterschaft waren diese Eliten ohnehin nicht empfänglich, wenn es nicht aus taktischen Gründen – wie im November 1918 – dem eigenen Machterhalt nützlich schien. Angesichts der Unfähigkeit der monarchischen Systems und der Lähmung des Bürgertums aus der katastrophalen Krise herauszufinden, waren es die jungen Soldaten und die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Verantwortung für den Systemwechsel und die Versorgung der Gesellschaft übernahmen. Gleichwohl ist es der Arbeiterbewegung – aus verschiedenen Gründen – nicht gelungen, die alten Strukturen der aristokratisch-kapitalistischen Ordnung in Gesellschaft und Staat so auflösen oder zerschlagen zu können, um die allmählich sich etablierenden rechtsextremistischen Netzwerke, Organisationen und Verbindungen zu verhindern. Denn letztere setzten ihre Energien darauf, das politische Rad wieder zurückzudrehen. Nur 14 ½ Jahre nach der Novemberrevolution und 13 Jahre nach dem durch eine geschlossene Streikbewegung und entschiedenes wie gemeinsames Entgegenreten der Arbeiter gegen die faschistoiden Freikorps, die unter Kapp und Lüttwitz die Reichsregierung aus dem Amt gejagt hatten, etablierte sich in Deutschland ein faschistisches Regime, das an Gegnerbekämpfung, Antisemitismus, Kriegseifer und Menschenvernichtung beispieldlos war.

Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der 04. Juli 1933 in Rieseberg ?

Ich werde dazu meinen Beitrag (vormals Vortrag und für die Verschriftlichung aktualisiert erweitert) in drei Teile gliedern:

- In einem ersten werde ich an die Ereignisse, das Ausmaß und die Bedeutung des Jahres 1933 im Land Braunschweig sowie die Massenmorde am 04. Juli 1933 erinnern.
- In einem zweiten Teil werde ich in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung, die die Trauerveranstaltungen in der Arbeiterbewegung nach der Novemberrevolution einnahmen, eingehen, Begräbnisse wie sie von Arbeitern im Kampf für ihre Rechte auch –wenn auch geringerem Umfang – von Angestellten angesichts ihrer ermordeten Kollegen und Kameraden, Frauen wie Männer, begangen wurden – und – welche emotionale Bindungskraft die Bestattungen der Klassengenossen im Spannungsfeld zwischen Zerrissenheit und Einigkeit der Arbeiterbewegung im antifaschistischen Abwehrkampf besaßen.
- Und in einem dritten und letzten Teil versuche ich die Frage zu beantworten, welche Bedeutung und Aussagekraft die Mahnung, die von dieser Gedenkstätte für uns Heute ausgeht – einerseits rückblickend angesichts der Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft, andererseits angesichts vieler demokratiegefährdender Entwicklungen – und auf das uns heute schon Bekannte und auf die in der Zukunft liegenden Ungewissheiten einzugehen.

## I. Die Ereignisse im Überblick und Zusammenhang

### Die Arbeiterbewegung als frühe Mahner und Warner ...

Eine Gedenkveranstaltung wie hier in Rieseberg löst in mir eine innere Bewegung aus. Und zwar deshalb, weil die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, ihre Größe und geistige Reife auf der einen Seite, ihre bitteren Niederlagen auf der anderen Seite uns heute noch ebenso beschäftigen wie die Hypothesen zweier Weltkriege und den Verbrechen der nazistischen Gewaltherrschaft sowie des Umstandes, dass der Anspruch der Folgegenerationen, aus der Geschichte zu lernen in vielerlei Hinsicht unzureichend eingelöst wurde und wird. Die erneut besorgniserregende Zunahme rechtsextremistischen und antisemitischen Gedankenguts legt dafür ein beredtes Zeugnis ab, so dass die Feststellung unumgänglich ist, dass der Weg, auf dem die Arbeiterbetriebsräte in Rieseberg umgebracht wurden, für uns noch lange nicht zu Ende sein wird.

Kein Herrschaftssystem in der Geschichte hat den Zivilisationsbruch derart tiefgreifend und umfassend in alle Bereiche von Gesellschaft und Politik begangen wie das nazistische System: politisch, rechtlich, gesellschaftlich, geistig und moralisch.

Dagegen hatte es aus keiner gesellschaftlichen Gruppe mehr Mahnungen und Warnungen vor dem Faschismus und der damit verbundenen Kriegsgefahr gegeben als aus den Reihen der Arbeiterbewegung, wobei Intellektuelle, die mit radikal antimilitaristischen, republikanischen Haltungen eine demokratische Gesellschaft eingefordert haben, einzuschließen sind.

Wir stehen deshalb – wie jedes Jahr am 4. Juli – auch am 90. Jahrestag (2023) des Mordes an den elf Männern, die sich als Teil einer proletarischen Nachkriegsgeneration verstanden, einer engagierten Arbeiterbewegung, die darauf bestanden hat, das Schicksal ihrer Familien, ihrer Klasse, ihres Landes nicht wieder allein den kaisertreu geprägten Militärs und Adelsgeschlechtern, der Bourgeoisie sowie den einen antisemitischen Rassismus versprühenden Sündenbocksuchern zu überlassen, sondern

die sich selbst für soziale Gerechtigkeit engagierten, selbst Verantwortung für sich und für die Gesellschaft wahrnahmen und selbst mitarbeiteten an der Gestaltung einer an Gerechtigkeit orientierten Gesellschaft und einem demokratisch verfassten Staat.

Diese Verantwortung, die Mitarbeit der arbeitenden Klasse und ihrer gewählten Vertreter in den Betrieben und in der Politik, war jedoch von den Herrschaftseliten nicht erwünscht – im Gegenteil: Als störender Fremdkörper sollten Rechte von Arbeitern und Angestellten, der potentielle Einfluss ihrer ohnehin begrenzten Beteiligungsmöglichkeiten durch Betriebsräte, Gewerkschaften, organisierter Protestbewegungen, wieder beseitigt werden – und zwar ohne Burgfrieden, sondern für immer.

In den rechtsextremistischen Organisationen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, vor allem der sich bildenden NSDAP, deren Ursprung und Geschichte – unterstützt durch antisemitische Vereine – mit der Gründung der Freikorps während der Novemberrevolution 1918 anzusetzen ist, fanden die Herrschaftseliten willige Vollstrecker; die ihnen durch das rücksichtslose Niederschießen aufständischer und demonstrierender Arbeiter so imponierten, dass viele von ihnen sie unterstützten wenn nicht gar selbst zu aktiven Mitgliedern im rechtsextremistischen Spektrum wurden. Ihre Absicht war klar: Die völlige Beseitigung aller sozialen, demokratischen und rechtstaatlichen Errungenschaften – wie groß die Diskrepanz zur Realität ohnehin bereits war – bildete das erklärte Ziel.

### ... vor erneuter Unterdrückung und „Sklaverei“

Nachdem Hitler am 30 Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, sollten die Arbeiterorganisationen nicht nur – wie etwa die bürgerliche Parteien und Organisation – aufgelöst, umgeformt oder integriert, sondern sie sollten zerschlagen werden. Darüber hinaus sollten die exponierten Vertreter der Arbeiterbewegung zunächst zurechtgeprügelt und langfristig – wie es euphemisch umschrieben wurde – entweder „umerzogen“ oder einfach „erledigt“, d.h. physisch für immer beseitigt werden.

Außerdem sollten die Erkenntnisse der Arbeiterbewegung, ihr authentisches Bildungspotenzial, ihre gesellschaftspolitische Kritikfähigkeit und der daraus erwachsene Veränderungswille, ausgelöscht werden. Die Interessenlage abhängig arbeitender Menschen hatte in der neuen nazistischen Gesellschaft keinen Platz mehr, auch nicht im Sinne einer „Burgfriedenspolitik“ wie im Ersten Weltkrieg des kaiserlichen Deutschlands, sondern sollte in die „Volksgemeinschaft“ münden, in der die nazistische Elite definierte, von wem wie welche Leistungen zu erbringen waren und wer wie auf wessen Kosten Kompensationen für Entmündigung, Erlittenes und Unterordnung erhalten durfte. Diejenigen, für die darin kein Platz vorgesehen war, weder durch Unterwerfungsbereitschaft noch durch Zwang (Juden, Sinti und Roma u.a. konnten es sich ohnehin nicht aussuchen), sollten kurzum weg.

### Der sich steigernde Terror: Die Ereignisse 1932 / 1933

Doch verweilen wir gedanklich einen Moment auf den Ereignissen gegen Ende der Weimarer Republik und des Jahres 1933. Auch wenn den meisten von uns die Ereignisse bekannt sind, so bedürfen gerade die Ereignisse, die mitentscheidend waren und im weiteren Verlauf als Staatsverbrechen das nationale Selbstverständnis in Deutschland bis in unsere Gegenwart hinein als schwere Hypothek belasten, eindringlicher und an Gegenwartsfragen orientierten Formen des Nachdenkens.

Damit auch die Weitergabe an jüngere Zeitgenossen ebenso wie an die kommenden Generationen gelingt, ist es notwendig, nach der Bedeutung zu fragen, die die Ereignisse für die Menschen damals besaßen, und ihnen eine Bedeutung zu verleihen, aus der wir heute Handlungsorientierung gewinnen.

Wenn wir uns die letzten zweieinhalb Jahre der Weimarer Republik in den Ländern des Reichsgebietes im allgemeinen und im Land Braunschweig im besonderen anschauen, so sehen wir, dass sie auffällig gekennzeichnet sind durch erneute Eskalationen in den blutigen Auseinandersetzungen, mit denen vor allem SA- und SS-Angehörige die Arbeiter Braunschweigs drangsalierten, ermordeten und Sprengstoffattentate auf ihre politischen Vertreter durchführten. Nach dem hohen Stimmenzuwachs der NSDAP in der Reichstagswahl 1930 und erneut 1932, sahen ihre paramilitärischen Verbände das Signal, mittels Gewalthandlungen ihre politischen Gegner einzuschüchtern. Denn die noch aus der Novemberrevolution bestehenden politischen und sozialen Errungenschaften und ihre Verteidiger bildeten für Nationalsozialisten, Deutschnationalen u.a. Rechtsextremisten das entscheidende Hindernis für die Rückkehr zu einer vermeintlichen alten Größe.

Neue Stufen der Eskalation insofern, als dass eine wachsende Anhängerschaft in rechtsextremistischen Organisationen nunmehr zu vollenden bestrebt war, was ihnen nach der Bekämpfung der Novemberrevolution und den späteren Putsch-Versuchen von rechts (Kapp-Lüttwitz im März 1920, Lüdendorff-Lüttwitz-Hitler im November 1923) nicht gelungen war.

Nach dem Scheitern des Putsches Hitlers im November 1923 forcierte die NSDAP ihren paramilitärischen Organisationsaufbau einerseits und nutzte mit wahl- und straßenkampfmobilisierenden Konzepten legalitätstaktische Spielregeln andererseits, indem sie sich einer rücksichtslosen Wahlkampfstra-

tegie befleißigte: mit paramilitärischen Auftritten, Rücksichtslosigkeit und Terror wurden die Wahlkämpfe unterstützt. Allein im Land Braunschweig waren bei diesem Terror bereits vor dem 30. Januar 1933 mehrere Menschen – durch Schusswaffen, Stichwaffen und Prügelattacken – zu Tode gekommen. Das zu erwartende Programm der Rechten im Falle ihrer Regierungsgewalt kündigte sich damit bereits eindrucksvoll an. Gleichzeitig machte die zuvorkommende Behandlung und Milde der Strafverfolgungsorgane gegenüber Nazi-Putschisten, -Schlägern und -Bombenlegern deutlich, was die Arbeiter im Falle eines politischen Sieges der Rechten zu erwarten hatten.<sup>4</sup>

Bereits die Einbürgerung Hitlers durch die Bemühungen Klagges als Hitler am 25. Februar 1932 zum Regierungsrat an der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt wurde, wo Hitler tags darauf bei seiner Verteidigung in der Lützowstraße 11 ohne sichtliche Bewegung einen Meineid leistete,<sup>5</sup> schloss sich in einer Reihe von Ereignissen an, mit der Hitler bereits durch den Prozess gegen Lüdendorff und andere eher protegiert und reichsweit bekannt wurde. Anstatt die Rechtsextremisten wegen Hochverrats am 9. November 1923 gebührend in die Schranken zu weisen, hatte die Justiz in einem skandalösen Prozess und mit dem Urteil vom 1. April 1924, das selbst nach dem Weimarer Rechtssystem einer Rechtsbeugung gleichkam, den Aufstieg des Faschismus geradezu protegiert – nicht irrtümlich, sondern vorsätzlich.<sup>6</sup>

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 fielen hinsichtlich Brutalität, Razzien und Mordaktionen die letzten Hemmungen und Schranken, und zwar solange, bis die Arbeiterorganisationen zum einen all ihrer publizistischen und räumlichen Handlungsressourcen beraubt waren, zum anderen niemand mehr sicher sein konnte, selbst bei der Teilnahme an den Begräbnissen von Ermordeten nicht selbst verhaftet und in einen Folterkeller gesperrt zu werden.

Setzen wir das Bestreben der Braunschweigischen Landesregierung, dem Hochverräter Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen in Beziehung zum nazistischen Terror, der – anders als (noch) in Preußen – durch die besondere Förderung der SS durch die braunschweigische Landesregierung weit vor 1933 gesteigert wurde, so wird deutlich, dass Braunschweig für die Nazis – trotz der geringen Größe – wie eine Speerspitze im Reichsgebiet ein ausgesprochen wichtiges Standbein für die Erlangung der Staatsmacht werden sollte.

Diese Ereignisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

#### **Erstens:**

#### **Mit Terror und Gewalt fördern die Nazis ihren Aufstieg als zukünftige Ordnungsmacht**

Bereits vor 1933 wurden in Braunschweig während SA-Aufmärschen und SS-Aktionen wiederholt Männer und Frauen der Arbeiterbewegung ermordet. Darunter sind auch die Mordtaten zu zählen, die nicht unmittelbar nach diesen Aktionen bekannt wurden, weil die schwer Verletzten manchmal erst Tage später an den Folgen ihrer Wunden verstarben (Schussverletzungen, Messerstiche etc.).

Seit Anfang 1931 provozierten SA- und SS-Gruppen verstärkt Zusammenstöße mit organisierten und unorganisierten Arbeitern, richteten Zerstörungen in Arbeitervierteln an oder misshandelten und er-

---

<sup>4</sup> Grundlegende Informationen darüber bieten nach wie vor die zeitgenössische Darstellung von Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord.; Reprint der gleichbetitelten Ausgabe des Berliner Verlages der Neuen Gesellschaft von 1922, Heidelberg 1980 sowie von

Heinrich Hannover / Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933. Mit Beiträgen von Fritz Bauer „Richter zerstören die Demokratie“ aus dem Magazin Die Zeit vom 28. September 1967) und Richard Schmid („Offenbar war hierzulande kollektive Verdrängung am Werk“, aus: JZ 1967, 583), Frankfurt 1966

<sup>5</sup> Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass bereits am 1. Februar 1930 Georg Kaisenberg, Ministerialrat in der Verfassungsabteilung des Reichsministeriums des Innern, in der Vossischen Zeitung ein Rechtsgutachten veröffentlichte, in dem er die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an einen Ausländer oder Staatenlosen auf dem Wege der Verbeamtung nur unter der Voraussetzung für rechters erklärte, "wenn es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten" handele“. Scheingeschäfte seien "nach bürgerlichem Recht nichtig“. Sowohl der Weimarer als auch der Braunschweiger Vorgang waren Scheingeschäfte, denn Hitler hatte weder in Hildburghausen noch in Braunschweig Dienstgeschäfte abgeleistet. Nach Manfred Oversch: Wie Hitler deutsch wurde; in: Die Zeit Nr. 33 – 7. August 1992, S. 58

Fast kabarettreif wirkte der Versuch des thüringischen Innenministers Frick, des ersten nationalsozialistischen Landesministers einer Landesregierung der Weimarer Republik, Hitler durch eine Stelle als Gendarm die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuschancen. Die sozialdemokratische Presse betitelte die Posse in einem Beitrag als „Der Wachtmeister von Schildburghausen“.

<sup>6</sup> Vergl. hierzu die Darstellung von Klaus Gietinger: Hitler vor Gericht. Der Prozess nach dem Putsch 1923 – Fakten, Hintergründe, Analysen, hrsgn. von Werner Reuß, BRW-Service GmbH, München 2009

mordeten Arbeiter.<sup>7</sup> SA und SS nutzten in dieser Phase den Terror gegen die Arbeiterbewegung obendrein als Mittel für die Werbung von Mitgliedern.

- So wurden in der Nacht vom 31. Juli auf den 01. August 1932 in Braunschweig mehrere Sprengstoffanschläge verübt, und zwar auf das Bootshaus des Reichsbanners im Bürgerpark, ferner in der Schöppenstedter Straße, in der Langestraße (30 Häuser wurde in dem Arbeiterviertel beschädigt) und in der Adolfstraße, wo sich das Haus des Oberbürgermeisters *Ernst Böhme* (SPD) befand. Ein weiterer Anschlag wurde wiederum in der Langestraße am 06. August 1932 verübt.<sup>8</sup>
- Während eines Aufmarsches der SA am 17. und 18. Oktober 1931 in Braunschweig wurden zwei Arbeiter umgebracht. Von den 60 Verletzten (Reinowski spricht von über 100) wurden mehrere mit Stahlruten, Schlagringen und Gummiknüppeln zusammengeschlagen.
- Der Plan, mittels einer Reihe von Bombenanschlägen eine "Hilfspolizei" ins Leben rufen zu können, scheiterte zwar an der Haltung des Reichsinnenministers, zeigte aber die Richtung der Strategie durch Klagges deutlich an. Die Sozialdemokratie in Braunschweig machte sich über die Klageschen Pläne keine Illusionen und warnte deshalb eindringlich davor, SA- oder SS-Angehörige zu Hilfspolizisten zu machen.<sup>9</sup>

### Zweitens: Braunschweiger Arbeiter protestieren gegen die Mordtaten und ihre Tolerierung durch die Landesregierung

Die Arbeiter in den Braunschweiger Betrieben reagierten auf die Mordtaten mit eindeutigen Protesten und Willensbekundungen gegen den zunehmenden rechtsextremistischen Einfluss in Gesellschaft und Politik: Unmittelbar nach den Mordtaten oder während des Beisetzungstages beteiligten sich zehntausende an Massenstreiks; so etwa:

- Am 22. Oktober 1931, drei Tage nach der Ermordung der beiden Arbeiter *Heinrich Fischer* und *Engelke* während des dreitägigen SA-Aufmarsches in Braunschweig am 18. Oktober, reagierten Arbeiter der Braunschweiger Betriebe mit einem Massenstreik; an der Beisetzung der Toten beteiligten sich rund 25.000 Menschen.
- Am 27. Januar 1932 nachdem fünf Tage zuvor am 22. Januar 1932 vor dem Eingangstor zur Mühlen- und Industriebau AG (MIAG) in Braunschweig der Reichsbanner-Mann *Meier* – nach Zeugen vermutlich von SS-Angehörigen – erschossen wurde, beantworteten rund 20.000 Arbeiter aus Braunschweiger Betrieben den Mord am 27. Januar mit einer Arbeitsniederlegung und beteiligten sich an der Beerdigung.
- am 17. Februar 1933 führten Braunschweigs Arbeiter eine Massenstreikaktion zur Beerdigung der beim Gautreffen der SA am 11. Februar getöteten Arbeiterin *Auguste Reineke* († 14. Februar) und des Arbeiters *Albert Wiese* († 13. Februar); beide verstarben an den Folgen ungezielt in die Menge abgegebener Schüsse bei einem SA-Aufmarsch).

Mit anderen Worten: Die Arbeiter Braunschweigs waren nicht gewillt, diese Mordtaten – etwa als „überzogene Einzelvorfälle“ – hinzunehmen.

### Drittens: Warnungen aus der Arbeiterbewegung vor der Gefahr von rechts

In der organisierten Arbeiterbewegung in Braunschweig war man sich der Gefahr von rechts bewusst. Eine Denkschrift der Sozialdemokratischen Fraktion des Braunschweigischen Landtags über die Ausübung der Polizeigewalt im Freistaat Braunschweig vom Juli 1932 listete nicht nur akribisch die Fülle

---

<sup>7</sup> In dieser Zeit erhielten die Nazis nicht die von ihnen geforderte Unterstützung durch braunschweigische Polizeibeamte. Beispielsweise verhinderte anlässlich eines Propagandamarsches von SA, SS und NSDAP in der Stadt Braunschweig am 10. März 1932 der damalige Polizeihauptmann Rabitz mit weiteren 26 Polizeibeamten, dass die Marschkolonnen der SS unter dem SS-Führer und Landtagsabgeordneten Friedrich Alpers die Postenkette durchbrach, um gegen die dahinter versammelten Arbeiter vorzugehen. Obgleich auch der Polizeipräsident dem Polizeioffizier Verantwortungsbewusstsein bescheinigte, setzte Klagges eine Strafverfügung gegen Rabitz durch. Sobald die Polizei sich gegen die Tätigkeit der nationalsozialistischen Verbände richtete, ließ Klagges Polizeioffiziere und -beamte öffentlich in der Presse angreifen. Disziplinar- und Strafverfahren sowie propagandistische Schulung sollten neben falschen Beschuldigungen und der Beeinflussung anderer Behörden – vor allem der Justiz – die braunschweigischen Polizeibehörden zum Wohlverhalten zwingen.

<sup>8</sup> Vergl. Volksfreund vom 01. August 1932 und 06. August 1932 sowie die erste Beilage zum Volksfreund vom 06. August 1932, Braunschweiger Landeszeitung vom 07. August und Braunschweiger Tageszeitung vom 09. August 1932 sowie Im Namen des Rechts! In der Strafsache gegen den früheren Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig, Dietrich Klagges, Aktenzeichen 1 Ks 17/49, S.5f

<sup>9</sup> Vergl. Volksfreund vom 08. August 1932.

provozierter Gewalttaten durch Rechtsextremisten auf, sondern charakterisierte auch den verbrecherischen Charakter dieser Art von Politik.<sup>10</sup>

Im heutigen Sprachgebrauch können wir sagen: Nationalsozialismus wurde seinerzeit nicht nur eine Ideologie, sondern auch als ein Verbrechen begriffen, ein Verbrechen, das sich bereits damals vor der Regierung Hitler in den Ländern des Reiches unverblümt angekündigt hatte. Der Charakter von NSDAP, SA und SS als verbrecherische Organisationen war damals bereits unübersehbar den gewerkschaftlich und parteilich organisierten Mitgliedern der Arbeiterbewegung bewusst.<sup>11</sup> Diese Erkenntnisse wurden erhärtet im Zusammenhang des Bekanntwerdens der preußischen Denkschrift von 1930<sup>12</sup> sowie im November 1931 durch das Bekanntwerden rechtsextremistischer Umsturzpläne, der „Boxheimer Dokumente“,<sup>13</sup> in denen die gewaltsame Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit Maßnahmenpaketen vorgeschlagen wurde und sich damit die Politik der „Zähmung“ von NSDAP und SA durch einen „tolerierenden Integrationskurs als kontraproduktiv offenbarte. Die im wahrsten Sinn des Wortes tödliche Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Bewegung hat sich in der Braunschweiger Arbeiterbewegung nicht nur als Erkenntnis durchgesetzt, sondern auch dazu geführt, dass Sozialdemokraten und Kommunisten – trotz aller Differenzen zwischen den Parteien und der jeweils innerparteilichen Auseinandersetzungen – zu einer gemeinsamen Abwehrstrategie der NSDAP zusammenfinden konnten.<sup>14</sup> Diese bestand u.a. darin, Nationalsozialisten von der Ausübung politischer und verwaltungsrelevanter Ämter fernzuhalten.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> So wurde der erwerbslose Arbeiter *Heinrich Fischer* erstochen und dem Arbeiter *Engelke* in den Rücken geschossen. Seine Tolerierung des Vorgehens von SA- und SS-Gruppen hinderte Klagges hingegen nicht, auf der Landtagsdebatte vom 02. November 1931 über von SA-Anhängern provozierte Zusammenstöße während der Massenaufmärsche im Oktober den Eindruck betroffener Peinlichkeit über die Morde an Arbeitern zu erwecken. Da sich unter den Verletzten auch ein Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei befand, hinterließen die Aktionen der SA teilweise Sympathieverlust auch bei Teilen des Braunschweiger Bürgertums. Vergl. Denkschrift der Sozialdemokratischen Fraktion des Braunschweigischen Landtags über die Ausübung der Polizeigewalt im Freistaat Braunschweig (Juli 1932), BArchB, R 43 I / 2267, Bl. 189 f sowie E.-A. Roloff, Bürgertum ... a.a.O., S. 75

<sup>11</sup> Das politische Wirken von Dietrich Klagges in Braunschweig vor 1933 war ebenso Gegenstand eines Schwurgerichtsverfahrens in Braunschweig im Januar / Februar 1950 wie seine Verantwortung für die Ereignisse des Jahres 1933. Dort hatte Klagges unter anderem zugegeben, dass sein Bestreben, den "Vorsprung", den die NS-Bewegung in Braunschweig gegenüber anderen Ländern besaß, aufrechtzuerhalten, für sein politisches Handeln mitbestimmend gewesen wäre. Im Namen des Rechts! In der Strafsache gegen den früheren Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig, Dietrich Klagges, Aktenzeichen 1 Ks 17/49 – Das Urteil im Klagges-Prozess. Das Urteil ist im Original, ein Exemplar versehen mit Randnotizen und Unterstreichungen von Ernst Böhme in der Stadtbibliothek Braunschweig allgemein ausleihbar unter der Signatur II 7/788. Die Akten zum Klagges-Prozess befinden sich im Bundesarchiv Berlin (BAB) unter der Signatur Z 42 IV / 6320 sowie als Reproduktionen im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel (NdsStA-WF) unter der Signatur 62 Nds. Fb. 2, Nr. 780-887.

<sup>12</sup> „Jeder Anordnung der SA, gleich von welchem Dienstgrad erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft“ – so steht es in den im November 1931 bekannt gewordenen „Boxheimer Dokumenten“, benannt nach einem Gutshof in der Nähe von Lampertheim. Spätestens jetzt wäre das Zusammenstehen der Arbeiterparteien, aber auch christlicher und liberaler Republikvertreter, unabdingbar gewesen, um die Gefahr der Etablierung eines faschistischen Systems in Deutschland zu verhindern. Der Verpasste Nazi-Stopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung, Preußische Denkschrift von 1930, hrsgn und mit einer Einführung von Robert M.W. Kempner, Frankfurt / Main-Berlin-Wien 1983

<sup>13</sup> Dokumentiert ist die preußische Denkschrift von 1930 sowie die Haltung der Regierung unter dem Titel „Der verpasste Nazistopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung, hrsgn. und mit einer Einführung von M.W. Kempner, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1983

Die Boxheimer Dokument, verfasst von Werner Best, der unter Hitler und Himmler das Konzept für die Geheime Staatspolizei konzipierte: unter: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/drittes-reich/der-uebergang-zur-praesidialdiktatur/590.html>

<sup>14</sup> Vergl. Hans Peter Klausch: Hermann Bode (1911-1944). Ein Braunschweiger Stadtverordneter im Kampf gegen Faschismus und Krieg, 1999, S. 25 f sowie Bernd Rother: Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918-1933, Bonn 1990, S. 241 ff

<sup>15</sup> Die Ansicht, faschistischen Männerbünden durch Sachargumente begegnen zu können, hat bereits Klaus Theweleit in seinen Studien zum Thema „Männerphantasien“ als Verkennung der Ebene, auf der sich diese Männer bewegen, deutlich gemacht. Denn die Anwendung von Gewalt ist selbst der Kern faschistischer Subjektbildung; es ist ihr vitales Prinzip, im Eigenverständnis dieser Charaktere ein Mittel der Selbsterhaltung, ihr kulturelles Erneuerungsinstrument und Propagandawaffe für ein führungsstrukturiertes Ordnungs-

### Viertens: Die „Überholaktionen“ im Land Braunschweig von März bis Juli 1933

Nach der Übertragung der Kanzlerschaft auf Hitler durch den Reichspräsidenten am 30. Januar 1933 und dem Brand des Reichstages in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 forcierten die Nazis einen staatlich systematisch organisierten Zerschlagungs- und Vernichtungs-Terror gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen.

Zum einen zielte der paramilitärische Polizei- und Nazi-Terror darauf, die gewerkschaftliche und parteilich organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und auszuschalten, zum anderen wurde der Terror der Nazi-Verbände dafür staatlich institutionalisiert (in Gestalt von „Hilfspolizeien“, durch sogen Reichstagsbrandgesetze, Polizeigesetze u.a.). Die Gewalttäter und Mörder verschafften sich dafür anschließend sogar staatlich-gesetzliche Freibriefe, um sich jedem Anspruch auf Strafverfolgung entziehen zu können (durch die sogenannten Straffreiheits-Verordnungen).

Der Staatsterror richtete sich nicht gleichermaßen gegen alle Arbeiterorganisationen, sondern die Spaltung der Arbeiterbewegung wurde von den Nazis geschickt ausgenutzt: Die Verbote, Verhaftungen und Drangsalierungen richteten sich als erstes gegen die „kompromisslos Radikalen“, dann gegen die staatsorientiert „Harmloseren“ und schließlich gegen die eher zurückhaltenden Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft. Doch gab es davon auch landesspezifische Abweichungen, nämlich – wie im Fall des Landes Braunschweig – ein deutlich brutaleres Vorgehen gegen alle „marxistischen“ Vereinigungen.

Während eine *erste Terrorwelle* in Preußen und anderen Ländern des Reichsgebiets sich zunächst gegen die kommunistischen Organisationen richtete, zielte im Land Braunschweig bereits die *erste staatlich organisierte Terrorwelle* Anfang März 1933 – und damit die Weisung des Reichsinnenministers überbietend – auf die sozialdemokratischen Organisationen der Arbeiterbewegung.<sup>16</sup> Eine Woche nach dem Verbot aller kommunistischen und sozialdemokratischen Druckschriften sowie aller Aufzüge und Versammlungen der KPD, der SPD, des Reichsbanners und der Eisernen Front (1. März) und der damit folgenden Durchsuchung des Volksfreundhauses in Braunschweig (2. März), setzten bereits mit der Erstürmung des sozialdemokratischen "Volksfreundhauses" durch die SS-Hilfspolizei am 9. März 1933 in Braunschweig unter der Bezeichnung "*Überholaktionen*" hinausgehende Verfolgungen ein, bei denen zahlreiche Personen, meist Angehörige der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, gefoltert, in den Tod getrieben oder ermordet wurden.<sup>17</sup>

In dem Zusammenhang sind zu nennen:

- o Am 09. März 1933 begann die erste große massive Gewalt- und Verfolgungswelle in Braunschweig ("Überholaktion"), bei der das sozialdemokratische "Volksfreundhaus" durch SS erstürmt wird; der Kaufmann *Hans Saile* (SPD) wurde ermordet, mehrere Gegner der Nazis misshandelt.
- o Am 11. März 1933 wurde der Volksfreund-Redakteur *Otto Thielemann* verhaftet (1938 im KZ Dachau ermordet).
- o Am 13. März wurde der Braunschweiger Oberbürgermeister *Ernst Böhme* des Amtes enthoben und am 23. März verhaftet, misshandelt und durch die „Hilfspolizisten“ in einer Art „Triumphzug“ zum Gefängnis Renneberg in Braunschweig öffentlich vorgeführt und verhöhnt.
- o Am 15. März 1933 wurde der jüdische Kaufmann *Max Bremer* während einer Verfolgungsaktion, einer sogenannten „Überholaktion“ der SA in Seesen verhaftet, gefoltert und zwei Tage später in einer Gefängniszelle erhängt.

In der Nacht vom 17. auf den 18. März wurde nach einer Sitzung des SPD-Vorstandes *Dr. Heinrich Jasper* auf seinem Heimweg verhaftet, um ihn durch Misshandlungen zum Mandatsverzicht zu be-

---

prinzip und war – unter den Bedingungen der ersten Nachkriegszeit – gegenüber der alten Aristokratie und dem Gros des Bürgertums durchaus hegemoniefähig. Hierzu auch Petra Maria Schulz: Ästhetisierung von Gewalt in der Weimarer Republik, Münster 2004

<sup>16</sup> Auch hier preschte Klagges voran: während der Reichsinnenminister das braunschweigische Innenministerium per Funkspruch am 01. März ersuchte, aufgrund der "Reichstags-Verordnung" gegen Kommunistische Organisationen und deren Versammlungen, Publikationen und anderen Aktivitäten vorzugehen, dehnte der Braunschweigische Innenminister seine Verfügung gleichzeitig auch auf die Sozialdemokraten aus. Dem Deutschnationalen Minister Dr. Küchenthal wurde die bereits abgegangene Verfügung lediglich zur Unterzeichnung vorgelegt. Vergl. dazu das Urteil im Klagges-Prozess, a.a.O. (Anm. 11), S. 13

<sup>17</sup> Über die Täter, Personen der nationalsozialistische Elite Klagges, Jeckeln und Alpers und ihrer Gefolgsleute sowie über die Konstituierung der Herrschaft der nazistischen Machthaber im Freistaat Braunschweig siehe auch Gerhard Wysocki: Die Geheime Staatspolizei im Land Braunschweig. Polizeirecht, –strategie und –praxis im Nationalsozialismus 1933 bis 1945, Campus Verlag, Frankfurt/Main 1997, S. 58 ff

- wegen. Dr. Jasper, der sich weigerte, auf sein Mandat zu verzichten, wurde erst einen Monat später vorläufig freigelassen, jedoch zwei Monate später am 26. Juni in das KZ Dachau transportiert.
- Am 18. März, erstürmte die „Hilfspolizei“ des Stahlhelms die AOK in der Fallersleber Straße. Gleichzeitig begann die sog. „**Mandatsverzichtswelle**“ mit den begleitenden Drohungen und Gewalthandlungen gegen Stadtverordnete und MdL der SPD.
  - Dagegen wurden einen Tag vor Böhmes Verhaftung, am 17. März – also noch vier Tage vor der Reichsamnestie für Straftaten "aus Nationalen Beweggründen" vom 21. März 1933 – drei SS-Männer, die im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen im August 1932 festgenommen worden waren, aus der U-Haftanstalt Rennelbergstraße entlassen. Sie wurden am Entlassungstag als Helden gefeiert und von einer SS-Formation mit Musik zum Sitz des SS-Abschnitts IV geleitet.<sup>18</sup>
  - Auf dem Höhepunkt der „Mandatsverzichtswelle“ in Braunschweig, am 25. März, wurde der Gewerkschaftsfunktionär **Mattias Theisen** (SPD) so schwer gefoltert, dass er – völlig entstellt zwei Wochen lang sich mit schweren Wunden im Gestell hängend und sich quälend – am 10. April an den Folgen der Misshandlungen starb. Als seine Frau und die Bauarbeitergewerkschaft in Berlin Anzeige erstatteten, ließ die Staatsanwaltschaft die Leiche Theissens beschlagnahmen, da die Todesursachen offensichtlich waren. Nach dem Tod Theissens habe sich – nach Schilderungen von Robert Gehrke – der behandelnde Arzt Dr. Waldvogel aufgrund einer Denunziation der von ihm aufgenommenen Fotos über Theisens Zustand – das Leben genommen.<sup>19</sup> Außerdem – so der SPD-Bezirkssekretär Hans Reinowski – „flüchtete der Rest der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Stadträte aus Braunschweig“.<sup>20</sup>
  - Am 26. März besetzte die SA im Braunschweiger Landkreis Helmstedt im Ort Rieseberg das Gewerkschaftsheim „Pappelhof“.
  - Am 27. März 1933 wurde eine **zweite große Terrorwelle** gestartet, die sich gegen Angehörige des Stahlhelms und des Reichsbanners richteten, da aus dem Reichsbanner viele glaubten, mit dem Stahlhelm, dessen Mitglieder sich von der SA- und SS-Brutalität zu distanzieren begannen, das letzte wirksame Gegengewicht gegen SA und SS bilden zu können. An dem Tag wurde der Braunschweiger Arbeiter **Paul Kriosko** (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) durch SA-Leute vor seiner Wohnung erschossen.
  - Am selben Tag, den 27. März, wurde in Langelsheim der Telegrafenaufseher **August Grothenne** (SPD) aus Lutter während einer sogenannten „Überholaktion“ schwerst misshandelt, so dass er einen Tag später seinen Verletzungen erlag.

### **Fünftens: Der von NS-Eliten dominierte Staat wird zur Terrormaschine umgebaut**

Eine Reihe in Eile verfügter Erlasse und Maßnahmen durch die Reichs- und Landesregierung in den Monaten März bis Ende Mai sorgte dafür, der Arbeiterbewegung jeglichen Handlungsspielraum zu entziehen und ihre Tätigkeit zu illegalisieren; darunter fallen

- Organisationsverbote für sämtliche Arbeitersportvereine, -hilfsorganisationen, -Lesevereine bis hin zum Arbeitersamariterbund,
- Gleichschaltungsbestimmungen,
- antijüdische Kampagnen und Gesetze,
- Razzien in Arbeitervierteln, Betrieben, und Schrebergärten,
- die reichsweite endgültige Zerschlagung der Gewerkschaften am 02. Mai, was in Braunschweig bereits fast zwei Monate zuvor erfolgt war, ebenso wie in vielen großen Städten Gewerkschaftshäuser bereits vor dem 2. Mai gestürmt und besetzt waren,
- Bücherverbrennungen,
- die Beschlagnahme des Vermögens von Gewerkschaften und Arbeiterparteien
- Boykottmaßnahmen gegen Geschäfte und Einrichtungen jüdischer Geschäftsleute sowie
- schließlich die Straffreiheitsgesetze, mit denen im Reich und im Land Braunschweig nazistische Gewalttäter, Mörder und politisch Verantwortliche sich prophylaktisch selbst amnestierten.

---

<sup>18</sup> BLZ vom 18. März 1933

<sup>19</sup> Robert Gehrke: Aus Braunschweigs dunkelsten Tagen. Der Rieseberger Massenmord. Über den Widerstand im ehemaligen Freistaat Braunschweig 1933–1945. Selbstverlag, Braunschweig 1962, S. 64 f

<sup>20</sup> Terror in Braunschweig. Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft. Bericht herausgegeben von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen, Zürich 1933, S.22. Reinowskis Bericht, eine der ersten Dokumentationen über die nationalsozialistischen Verbrechen, hatte zu der Zeit im In- und Ausland für Aufsehen gesorgt. Die Dokumentation ist bei der Friedrich-Ebert-Stiftung downloadbar <https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/a-66539.pdf>

Und keine gesellschaftlich oder politisch einflussreiche Gruppe, die dagegen ein Veto oder in anderer Weise die Stimme dagegen erhoben hätte – im Gegenteil: die Beseitigung der Demokratie erschien dem Gros aller anderen gesellschaftlichen Gruppen als wohlthuende Beseitigung von gesellschaftlichen Unruheherden.

Denn außerdem hatte die braunschweigische Klagges-Regierung am 15. April 1933 die Absetzung der gewählten Betriebsräte verfügt und damit die Wünsche der Kapitaleigner, die im Arbeitskampf bei Büssing 1919 für sämtliche braunschweigischen Metallunternehmer den Kern des Konfliktes bildeten, endgültig „bereinigt“.<sup>21</sup> Damit waren innerhalb weniger Wochen grundlegend neue gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen geschaffen, die der Arbeiterbewegung deutlich machten, dass alle Errungenschaften seit Ende des Ersten Weltkrieges zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nach 12 Jahren wieder beseitigt waren (siehe Anhang Chronologie der Ereignisse).

Die Defensive der Arbeiterbewegung bedeutete jedoch keinen Rückzug von den Klassengenossen. Denn trotz aller Verbitterung und Verzweiflung, die in diesen Tagen für viele herrschte, geriet das letzte Geleit für ermordete Klassengenossen zur Demonstration der Zusammengehörigkeit, und zwar – wenn auch zu spät und wirkungsschwach – über die Parteigrenzen und -feindschaften hinweg.

### Sechstens:

#### Trauerzüge bei der Beerdigung der Ermordeten als staatsgefährdende Handlungen

- o Am 25. Juni 1933 wurde der drei Tage zuvor, am 22. Juni, verhaftete Braunschweiger Arbeiter *Otto Rose* (KPD) schwer gefoltert und in der Haftzelle ermordet (erhängt). In Flugblättern, die u.a. in der MIAG kursieren, wurde für den 30. Juni zur Teilnahme an der Bestattung Roses aufgerufen.

Diesen Aufruf zur Beerdigung nahmen die Landesregierung und ihr Polizeiapparat zum Anlass, umfassende Razzien auf der Beerdigungszeremonie, in den Großbetrieben und in den Arbeiterwohnvierteln vorzunehmen. Zwar war es den Nazis gelungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen, aber es war ihnen nicht gelungen, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Morden schwiegen. Das Entsetzen über die Taten war eben so groß wie Betroffenheit und Trauer schmerzten und die Sorge in den Familien um den Verbleib ihrer Angehörigen wuchs.<sup>22</sup> Gleichzeitig wurde die Botschaft durch die Terror- und Mordtaten als gegen sie alle gerichtet begriffen, da an ihrer Stelle, jeder und jede andere hätte ums Leben kommen können, zumal die ermordeten Betriebsrats-, Presse-, Partei- und Gewerkschaftstätigen das Mandat ihrer Leser, Mitglieder und Wähler erfüllten. Die Streiks und Demonstrationen bildeten einen machtvollen Ausdruck, sich – und nunmehr ohne institutionalisierte Organisation da von den hilfspolizeilichen Schlägertrupps gewaltsam zerstört und vom Staat durch Verbote als nicht mehr existent betrachtet – der gegenseitigen Solidarität zu versichern. Mentale, geistige und moralische Gemeinsamkeiten verbanden an diesem Punkt die sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Arbeiter und Arbeiterinnen untereinander, die seit der Revolution von 1918/19 als die tragende Kraft für ein demokratisches Gemeinwesen in Erscheinung getreten und durch gemeinsame Kämpfe zusammengeschweißt waren und erwiesen als solche ebenso kraftvoll den Ermordeten und ihren Familien ihre Anteilnahme.

Für die Nazis in der Landesregierung um Klagges, Jeckeln, Alpers u.a. ein Affront, da es ihnen – trotz allen Terrors und Beseitigung der materiellen Organisationen, finanziellen Grundlagen und formellen Zugehörigkeiten – immer noch nicht gelungen war, den Zusammenhalt der Arbeiter zu zerstören, und die immer noch ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus offen an den Tag legten. Folgerichtig gerieten nunmehr die potentiellen Flugblattverteiler sowie die Bestattungszeremonien in den Fokus der faschistischen Parteiorganisationen und des staatlichen Polizeiapparats. Mit Razzien in Betrieben und Verhaftungen von Friedhofsbesuchern wurde der Terror fortgesetzt.

- o So wurde beispielsweise eine Verhaftungsaktion in der MIAG durchgeführt, wo ein Funktionsträger des Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB), der Arbeiter *Karl Wolf* am 29. verhaftet und bis zum 30. Juni 1933 schwer misshandelt wurde, so dass er am 3. Juli 1933 aufgrund der erlittenen Verletzungen verstarb.
- o Am 30. Juni 1933 verhaftete die Hilfspolizei Friedhofsbesucher, die *Otto Rose* zu Grabe trugen, darunter den Arbeiter *Walter Steinbrink* aus Braunschweig. Er wurde von SS-Leuten so schwer

---

<sup>21</sup> Hans-Ulrich Ludewig: Von der Gerichtsklage zur Betriebsschließung. Konflikte in der Braunschweiger Metallindustrie 1918/1919; in: IWK 25, 1989, S. 154-174

<sup>22</sup> So sind auf den Fotos, die am 28. März 1933 – einen Tag nach der Verhaftung der Mitglieder des Reichsbanners und des Stahlhelms – vor der AOK in südlicher wie nördlicher Blickrichtung aufgenommen wurden, auf beiden Straßenseiten dutzende von Menschen – die Straßenseite gegenüber der AOK ist umsäumt von einer wartenden Menschenmenge, stehen. Stadtarchiv Braunschweig, H XVI: H III 1f / 1933

misshandelt, dass er sieben Tage später, am 7. Juli an den Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus verstarb.

- Am 1. Juli 1933 begann Klagges anlässlich des Todes des SS-Mannes Landmann, der versehentlich von eigenen Leuten erschossen wurde, die dritte Terrorwelle. Dabei wurde der Gewerkschaftssekretär *Hermann Basse* (SPD) ermordet.

#### Kurz:

Vor dem Massenmord in Rieseberg gehörten systematisch organisierte Terrorwellen durch die im Staatsauftrag als „Hilfspolizei“ handelnden SA- und SS-Organisationen in Form von Prügelaktionen, Razzien, Verhaftungen und Misshandlungen in jenen Wochen bereits zum Alltag. Die Arbeiter und ihre Familien sahen sich bei dem Terror auf sich allein gestellt; keine staatliche Instanz, keine gesellschaftlich einflussreiche Gruppe die dem Treiben Einhalt geboten geschweige die Beendigung durchgesetzt hätte.

Im Gegenteil: Eine **zweite Terrorwelle („Überholaktion“)** durch die braunschweigische Landesregierung Ende März 1933 (ab 27. März) richtete sich außerdem gegen einen Koalitionspartner der **„Nationalen Revolution“**, den Landesverband des Stahlhelms in Braunschweig, der sich bis dahin bedingungslos an dem Vorgehen des Braunschweigischen Innenministers beteiligt hatte. Während nämlich die massive Brutalität der gewaltsamen Ausschreitungen, vor allem durch SA- und SS-Verbände, zahlreiche Anhänger der Arbeiterorganisationen verbitterte und auch bei Anhängern des Stahlhelms zu Unmutsäußerungen führte, regte sich bei Teilen des konservativ-bürgerlichen Lagers der – verspätete und auch nur zaghafte – Widerwille gegen die drohenden Gleichschaltungspläne der Reichsregierung. Doch sollten Klagges und seine Nazifreunde nicht offen provoziert werden.<sup>23</sup>

Nach Beendigung der **zweiten Terrorwelle**, mit der die Klagges-Regierung den Stahlhelm als potentiellen Konkurrenten ausgeschaltet und damit auch die kurzfristige Hoffnung vieler Reichsbanner-Angehöriger zunichte machte, wenigstens eine – wenn auch innerhalb des Reichsbanners eine umstritten diskutierte Strategie – Gegenposition gegenüber den Nazis zu halten.<sup>24</sup> So illusorisch diese Hoffnung auch gewesen sein mag, geriet nunmehr die Braunschweiger Arbeiterbewegung vollends in die Defensive. Gleichwohl hatte sie sich eine dem Arbeitermilieu erwachsene Institution, nämlich denjenigen, die für die gemeinsame Sache gestorben oder gar ermordet wurden, das letzte Geleit zu geben, nicht nehmen lassen.

#### Siebtens: Legitimierung eines Massenmordes mit falschen Beschuldigungen

Dass die Arbeiter in Braunschweig auch nach der Zerschlagung ihrer Organisationen zu den Beerdigungen ihrer ermordeten Klassengenossen aufrufen, nahmen die Nazis erneut zum Anlass für weitere Razzien, um die Urheber, Hersteller und Verteiler von Flugblättern zu ergreifen, wobei die großen Betriebe, vor allem die Arbeiter der MIAG als Bastion kommunistisch organisierter Arbeiter im Zentrum des parteilichen und polizeilichen Fahndungsinteresses standen.

---

<sup>23</sup> Um die NS-Verbände nicht durch ein Massenaufgebot herauszufordern, plante man ursprünglich eine Einzelaufnahme und Überprüfung der Bewerber durch Mitglieder des Stahlhelms am 27. März im Gebäude der AOK. Während auf der einen Seite der Stahlhelm in Braunschweig durch die Aufnahme neuer Mitglieder seine Stellung stärken wollte, sahen auf der anderen Seite viele Nicht-Nationalsozialisten, vor allem Antifaschisten aus dem inzwischen verbotenen Reichsbanner mit ihrem Eintritt in den Stahlhelm die einzige Möglichkeit, überhaupt noch eine Position gegen die Machtbestrebungen der NSDAP zu halten. Diesem Plan gingen innerhalb der Reichsbanner-Anhänger heftige Diskussionen voraus, da der Stahlhelm an der Zerschlagung der Arbeiterbewegung ebenso mitgewirkt hatte, wie die übrigen Hilfspolizeiformationen.

Am 27. März 1933 stürmten SS-Einheiten mit SA- und SS-Hilfspolizei das Gebäude der AOK und entwaffneten und verhafteten die Mitglieder der Stahlhelm-Hilfspolizei, die am 18. März die Allgemeine Ortskrankenkasse besetzt hatte. Alle an dem Abend im Gebäude anwesenden Stahlhelmer und Aufnahmewilligen wurden verhaftet, in die Keller der AOK gesperrt und dort zum Teil schwer misshandelt. Terror und Folter auch gegenüber den gefangenen Arbeitern erreichten einen neuen Höhepunkt.

Diese zweite Terrorwelle, bei der der Terror bereits zu Beginn seiner staatlichen Konstituierungsphase auch einen Teil seiner „Kinder“ zu fressen begann (Hannah Arendt), ist als weiterer Schritt der Brutalisierung für die folgenden Mordaktionen in der dritten Terrorwelle ab 1. Juli durchaus zu beachten.

<sup>24</sup> Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass der zu der Zeit 38jährige Landesführer des Stahlhelms in Braunschweig, *Walter Schrader*, Gymnasiallehrer am Gymnasium im Schloss Wolfenbüttel, nach dem 27. März 1933 inhaftiert aus dem Schuldienst entlassen wurde. Sein Weg führte ihn später in die Wehrmacht bis ins Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres, wo er sich dem Widerstandskreis des 20. Juli 1944 anschloss. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin ([www.gdw-berlin.de](http://www.gdw-berlin.de))

Nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen wurde der Terror gesteigert, und zwar in der Weise, in der der mentale Zusammenhalt der Menschen, das solidarische Verhalten, das füreinander Einstehen der Betriebsbelegschaften, Wohnmilieus und Genossen zermürbt werden sollte.

Und dabei bildete die angebliche „Vergeltung“ für den Tod eines SS Mannes, der bei einer Razzia im „Eichtalviertel“ von den eigenen Leuten erschossen wurde, einen weiteren Höhepunkt des Terrors. Es handelte sich um die Razzia, die in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1933 im Arbeiterviertel Eichtal durchgeführt wurde, um nach den Urhebern zu fahnden, die zur Beerdigung des ermordeten Miag-Arbeiters [Otto Rose](#) aufgerufen hatten. In der Öffentlichkeit wurde der Tod des SS-Mannes als kommunistischer Terrorakt gebrandmarkt.

Zu einigen wichtigen wenige Tage zuvor miteinander unmittelbar zusammenhängenden Abläufen und Ereignissen vor dem 4. Juli 1933:

- Im Verlauf einer der alltäglichen Razzien wurde am 25. Juni 1933 der Arbeiter [Otto Rose](#) (KPD) ermordet. Einen Tag später, am 26. Juni, wurde in Flugblättern zur Protestaktion wegen der Ermordung Roses aufgerufen. Am Tag der Beerdigung Roses, am 30. Juni 1933, kamen zwar viele Friedhofsbesucher, aber eine Aktion blieb aus. Dennoch verhaftete die Hilfspolizei während der Beisetzung Roses mehrere Friedhofsbesucher.
- Einer der am 30. Juni verhafteten Friedhofsbesucher war der Arbeiter [Walter Steinbrink](#), der von SS-Angehörigen derart misshandelt wurde, dass Steinbrink am 07. Juli, also drei Tage nach dem Massaker in Rieseberg, an Verletzungsfolgen im Landeskrankenhaus verstarb.

Am Tag vor der Beerdigung Roses, am Abend des 29. Juni 1933, erfolgte eine der routinierten Razzien im nahe der Miag-Werke gelegenen Arbeiterviertel „Eichtal“. SS-Einheiten fahndeten – mit der Begründung des Publikationsverbotes – nach den Urhebern der „illegalen Flugblatt-Propaganda“. Nach ergebnislosen Razzien im Eichtal und einer ebenso ergebnislosen Durchsuchung einer Gaststätte verließen SS-Leute dieselbe getrennt durch zwei Ausgänge. Als die beiden Gruppen im Dunkeln hinter dem Haus aufeinanderstießen, entwickelte sich ein Schusswechsel, bei dem der SS-Mann [Gerhard Landmann](#) von eigenen Leuten versehentlich erschossen wurde.<sup>25</sup>

Noch während der braunschweigische Ministerpräsident einen Tag nach der Beisetzung des Arbeiters Otto Rose in seinem Erlass vom 1. Juli 1933 an die Kreisdirektoren dieselben aufforderte,

*"alle Polizeikräfte unverzüglich anzuweisen, gegen marxistische Flugblattverteiler und solche, die sich dieses Vergehens schuldig machen, nötigenfalls von der Schußwaffe unverzüglich und rücksichtslos Gebrauch zu machen",*

plante Klagges Polizeichef und SS-Führer Jeckeln, den Terror gegen seine Gegner zur Abschreckung auszuweiten. Das einzige, was Klagges dabei zu vermeiden trachtete, Abschreckungsmaßnahmen in Form polizeilicher Einsätze zu eindeutig in die Öffentlichkeit zu platzieren, zumal über die Vorgänge in Deutschland auch von der ausländischen Presse berichtet wurde. Das faschistische Herrschaftssystem war für diese „Legitimationslücke“ noch nicht ausreichend eingerichtet – anders als in späteren Jahren, nämlich mit Kriegsbeginn, wo der polizeilich angeordnete Mord „legalisiert“ wurde.

Unmittelbar darauf startete die braunschweigische „Hilfspolizei“ ihre *dritte Terrorwelle*, genannt „*Landmann-Welle*“: Noch am selben Tag (1. Juli) starb der Braunschweiger Gewerkschaftssekretär [Hermann Basse](#) (SPD), nachdem er Folterungen gezeichnet aus dem Fenster sprang. Andere durch Misshandlungen lebensgefährlich Verletzte und später an den Verletzungsfolgen Verstorbene waren [Karl Wolf](#), Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB), gestorben am 3. Juli (ebenfalls im Zusammenhang der Beerdigung von Otto Rose gefangen genommen und gefoltert), der Arbeiter [Wilhelm Kirchhoff](#), und der Arbeiter [Walter Steinbrink](#) (verhaftet während der Beerdigung des Miag-Arbeiters Otto Rose, verstorben an den Verletzungsfolgen der Folter am 07. Juli 1933. Ferner wurde der Gärtner [Kurt Schölpmann](#) aus Braunschweig ebenfalls während oder unmittelbar nach der Beerdigung Roses verhaftet, ins Volksfreund-Gebäude gebracht, dort gefoltert und von SS-Leuten aus dem Fenster geworfen.

Dennoch beabsichtigte die Klagges-Regierung einen über die bisherigen Morde hinausgehenden spektakulären Vernichtungsschlag gegen die Arbeiterschaft, mit der die rigorose Gnadenlosigkeit der neuen Regierung demonstriert werden sollte, ohne jedoch selbst als Urheber in der Öffentlichkeit dafür gebrandmarkt zu werden.

<sup>25</sup> Vergl. hierzu die zeitgenössische Darstellung von Hans Reinowski: Terror in Braunschweig. (Anm.14).

Robert Gehrke: Aus Braunschweigs dunkelsten Tagen. a.a.O. (Anm. 19). Alfred Oehl: Der Massenmord in Rieseberg 1933, Braunschweig 1981 sowie in: Regionale Gewerkschaftsblätter. Heft 20, 2., ergänzte Auflage, Deutscher Gewerkschaftsbund-Region SüdOstNiedersachsen, Braunschweig 2004; Gerhard Wysocki: Die Geheime Staatspolizei, a.a.O. (Anm.17), S. 64-67

Im Einklang mit den markigen Auftritten Hermann Görings, seine Gegner vernichten zu wollen<sup>26</sup>, machte der Berliner Polizeipräsident Wolf Heinrich Graf Helldorf den Vorschlag für eine mögliche Vorgehensweise: Für jeden getöteten Nationalsozialisten sollten zehn „Marxisten“ hingerichtet werden. Von diesen Maximen ließ sich auch die braunschweigische Staats- und Polizeiführung nur allzu gern leiten.

Obwohl SS und Polizei selbst ermittelt hatten, dass Landmann von den eigenen Kameraden erschossen wurde,<sup>27</sup> entschlossen sich Jeckeln und Klagges wider besseren Wissens, die Tat „den Kommunisten“ anzulasten, die faktischen Umstände des Todes Landmanns zu vertuschen, eigenes Versagen zu kaschieren und so die Tat für die Ziele der Nationalsozialisten politisch auszuschlachten, um – nachhelfend durch eines mit Folter erpressten „Geständnisses“ eines Gefangenen – die „Tat“ „den Kommunisten“ anzuhängen.<sup>28</sup>

Während die Bestattungszeremonien der Arbeiter sich seit der Zerschlagung ihrer gewerkschaftlichen und parteilichen Organisationen bei der Beerdigung von aus ihren Reihen ermordeter Klassengenossen als Massenaktion manifestierten, erhoffte sich die Landesregierung durch die Ermordung einer größeren Anzahl von unter den Arbeitern angesehener Interessenvertreter eine abschreckende Wirkung.

Durch die verbalen Aufforderungen von Minister Göring und Polizeiführungen angespornt wählte die SS- und Polizeiführung am 4. Juli zehn in der AOK inhaftierte Betriebsräte und Mitglieder der Kommunistischen Partei aus und transportierte die bereits blutig geschlagenen Männer in das am 26. März von der SA besetzte Gewerkschaftsheim „Pappelhof“ / Rieseberg im braunschweigischen Landkreis Helmstedt – übrigens auch mit Zustimmung des Helmstedter Kreisdirektors, *Dr. Blasius*. Nachdem man die Gefangenen dort gefoltert hatte, erschien am Abend desselben Tages ein maskiertes SS-Kommando und erschoss alle zehn sowie einen weiteren unbekanntem Gefangenen binnen weniger Minuten.<sup>29</sup> Ermordet wurden

<sup>26</sup> Im Zusammenhang der „Reichstagsbrand-Verordnung“ führte Herrmann Göring am 3. März 1933 auf einer öffentlichen Versammlung unmissverständlich aus:

„Ich lasse mir gefallen, daß man meine letzten Maßnahmen als einseitig bezeichnet und mir vorwirft, ich messe mit zweierlei Maß. Wir haben ja keinen bürgerlichen Staat mehr. Meine Maßnahmen werden nicht angekränkt werden durch irgendwelche juristischen Bedenken und durch irgendwelche Bürokratie. Ich habe keine Gerechtigkeit zu üben, sondern zu vernichten und auszurotten. In Zukunft kommt in den Staat nur hinein, wer aus diesen nationalen Kreisen stammt. Wer sich zum Staat bekennt, zu dem bekennt sich auch der Staat. Wer ihn aber vernichten will, den vernichtet er.“

Vossische Zeitung vom 4. März 1933, Abend-Ausgabe; hier zit. n. Johannes Tuchel / Reinold Schattenfroh: Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987, S. 66

Hierfür entband Göring am 3. März 1933 mit seinem Erlass über die Durchführung der "Reichstagsbrand-VO" die Polizei zusätzlich von den "gesetzlichen Schranken" des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes, indem das Verhältnismäßigkeitsgebot und andere das Polizeihandeln begrenzenden Bestimmungen aufgehoben wurden. Außerdem wurde der in der "Reichstagsbrand-Verordnung" bestehende Begriff der "Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Akte" auf Formen der "mittelbaren Unterstützung" ausgeweitet.

<sup>27</sup> So versuchten kurz nach der Tat zunächst mehrere Personengruppen, den Tatverlauf zu rekonstruieren, darunter ein Hauptwachtmeister der herbeigerufenen Braunschweiger Polizei, ferner der SS-Angehörige Gattermann, der von Jeckeln mit der Ermittlung beauftragt worden war. Gattermann kam nach der Vernehmung mehrerer SS-Männer zu dem Ergebnis, dass der Schütze nur aus den Reihen der SS stammen könne. Zum selben Ergebnis gelangte auch ein SS-Führer, Peter Behrens, der als Führer im Stab der 49. SS-Standarte und Privatsekretär von Dietrich Klagges, dem braunschweigischen Ministerpräsidenten und Innenminister, tätig war und eigene Untersuchungen durchführte; sowie noch ein weiterer SS-Mann, der seinen Bericht an Jeckeln weiter leitete, der diesen wiederum an Klagges reichte.

<sup>28</sup> Hier zeigt sich, dass es überhaupt nicht von Bedeutung war, ob Nazi-Gegner etwas gegen die Regierung unternommen hatten oder nicht. Den Willen, ihre Gegner zu vernichten, hatten die nazistischen Eliten ohnehin gefasst. Der politische Trick bestand lediglich darin, Ermittlungsakten verschwinden zu lassen und die Aktion gegen die renitente Arbeiterbewegung als antiterroristische Abwehrmaßnahme zum Schutz von „Volk und Staat“ zu definieren und somit gegenüber der Öffentlichkeit als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, um das eigene Vorgehen entsprechend zu legitimieren. Dokumentarische Hinweise auch bei Reinhard Bein: *Zeitzeichen. Stadt und Land Braunschweig, Braunschweig 2000, 1930-1945, S. 69-74*

<sup>29</sup> Lüttig u.a.: *Das Urteil im Klagges-Prozess, a.a.O. (Anm. 11), S. 87 ff*

Von den in der AOK gefangen gehaltenen Nazigegnern sollte ein wichtiger Personenkreis für eine „Vergeltungsmaßnahme“ ausgesucht werden. Von den ursprünglich 40 „gesichteten“ Personen wurden schließlich zwölf ausgewählt, dann zwei Arbeiter der Miag aufgrund ihrer Tapferkeitsauszeichnungen während des Ers-

[Hermann Behme](#) (\*1884 in der Nähe von Klein Mahner, 49 Jahre), Dreher bei der Braunschweiger Firma MIAG, Mitglied des Spartakusbundes und der KPD, Betriebsratsvorsitzender in der MIAG,

[Julius Bley](#) (\*1890, Köln, 43 Jahre), Chemiegraph bei Grasshoff in Braunschweig, Mitglied der KPD,

[Hans Grimminger](#) (\*26. Juli 1899 in Braunschweig, 33 Jahre), Elektromonteur bei der MIAG, Mitglied der KPD,

[Kurt Heinemann](#) (\*16. Dezember 1906 in Echternach, 26 Jahre), Schneider in Schöningen, Mitglied der KPD und als Jude dem rassistisch motivierten Hass der Nazis ausgesetzt,

[Reinhold Liesegang](#) (\*6. Juni 1900 in Güsten, 33 Jahre), Schweißer bei Voigtländer, Gewerkschafts- und KPD-Mitglied,

[Wilhelm Ludwig](#) (\*28. August 1888 in Braunschweig, 54 Jahre), Arbeiter bei der Reichsbahn und Mitglied der KPD,

[Walter Römling](#) (\* ? in Braunschweig), Hilfsarbeiter bei der MIAG, Mitglied des Betriebsrates in der MIAG), nacheinander Mitglied der SPD, des Spartakusbundes und der KPD,

[Alfred Staats](#) (\*20. November 1912 in Braunschweig, 20 Jahre), Angestellter und Mitglied der KPD,

[Gustav Schmidt](#) (\*19. September 1908 in Holzwickede 24 Jahre), Student in Braunschweig und Mitglied der sozialistischen Studentenbewegung,

[Willi Steinfass](#) (\*13. Mai 1892 in Braunschweig, 41 Jahre), ungelerner Arbeiter bei der MIAG, Mitglied der KPD,

sowie *N.N.* ein namentlich nicht identifizierter.

Die Massenhinrichtungen wurden jedoch nicht nur in der Arbeiterklasse mit Entsetzen aufgenommen, sondern wirkten auch auf Teile des Bürgertums beunruhigend. Gleichwohl kam es bereits unmittelbar nach dem Massenmord in Rieseberg zu weiteren Folter- und Mordhandlungen. Die Landesregierung und ihr Polizeiapparat ,setzten noch einen oben drauf'.

Angesichts des Massenmordes in Rieseberg wurde weniger wahrgenommen, dass am Tag darauf, am 05. Juli, Mitglieder der Jugendgruppe des Reichsbundes Jüdischer Frontkämpfe von SS-uniformierten Hilfspolizisten verhaftet, zum Volksfreundhaus marschieren mussten und dort zusammengeschlagen wurden. Ein Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und polnischer Staatsbürger, [Benno Zauderer](#), wurde von SS-Leuten verhaftet und gefoltert, dass er an den Verletzungsfolgen verstarb. Ebenso wurde [Benno Ehlers](#) ermordet, nachdem die Gefangenen am Morgen des 6. Juli in die Folterstätte des AOK-Kellers transportiert worden waren.<sup>30</sup>

Zwei Tage nach dem Massenmord in Rieseberg, setzte die SS-Hilfspolizei ab 06. Juli 1933 die "Landmann-Welle" auch in den Städten und Landkreisen Helmstedt und Wolfenbüttel fort, wo sie im Landkreis Wolfenbüttel in den Orten Schöppenstedt, Remlingen, Wittmar, Groß Denkte, Kissenbrück, Linden, Wendessen durch brutale Gewaltorgien Angst und Schrecken verbreitete. An dem Tag wurden die Kommunisten [Fritz Fischer](#), [Alfred Perkampus](#) und [Alfred Müller](#) verhaftet und misshandelt. Am folgenden Morgen transportierten SS-Uniformierte alle mit einem LKW nach Braunschweig, wo die SS im AOK-Gebäude ihre Folterstätte eingerichtet hatte. [Alfred Perkampus](#) war bereits tot, [Fritz Fischer](#) und [Alfred Müller](#) waren bewusstlos und wurden schließlich totgeprügelt.<sup>31</sup>

Am 21. Juli wurde der Arbeiter [Wilhelm Kirchoff](#) ermordet.<sup>32</sup> und am 29. Juli wurde [Albert Voigt](#) erschossen. Eine mit ihren Namen gravierte Gedenkplatte in den Bodenplatten vor der AOK Braunschweig in der Fallersleber Straße erinnert an diese Männer ebenso wie auf dem Lindener Friedhof in

---

ten Weltkrieges wieder ausgenommen. Der 4. Juli gehört seitdem zu einem der wichtigsten Gedenktage freigewerkschaftlich engagierter Menschen, vor allem in der Region Südostniedersachsen.

<sup>30</sup> Ausführlich schildet die Vorgänge ein ebenfalls misshandelter Mitgefangener; siehe: Juden in Braunschweig 1900 – 1945. Materialien zur Landesgeschichte hrsgn. von Reinhard Bein, Braunschweig, S. 63 ff

<sup>31</sup> Zusammenfassend beschreibt die Aktionen in Stadt und Landkreis Wolfenbüttel und die Art und Weise, wie die Männer zu Tode malträtiert wurden, Jürgen Kumlehn: Gedenken zum 80. Jahrestag des nationalsozialistischen Terrors in der Wolfenbütteler Innenstadt, 6. Juli 2013; veröffentlicht am 07. Juli 2013

<sup>32</sup> Hinzu kam, dass manche der jungen Männer, die ihre Anhängerschaft bei den rechtsextremistischen und faschistischen Gruppen suchten, aus verschiedenen Gründen von dem Terror ihrer Kameraden nicht verschont blieben. So wurde am 14. Mai 1933 ein Angehöriger des Stahlhelms, [Willi Ohlhoff](#), aus einer marschierenden Kolonne des Stahlhelms heraus von einem Heckenschützen der SA erschossen. Auch ein SA-Mann aus Braunschweig, [Hermann Bosse](#), wurde am 29./30. Juni 1933 von SS-Leuten abgeholt, aus unbekanntem Gründen gefoltert und ermordet. Ein anderer SA-Mann, [Brandt](#) aus Neinstedt, wurde zu Tode gefoltert, weil die SS-Hilfspolizei ihn mit einem namensgleichen Kommunisten verwechselt hatte.

Wolfenbüttel eine Grabplatte, auf der auch die Namen der später an den Verletzungen Verstorbenen eingraviert sind.

Der Massenmord in Rieseberg ist somit umgeben von einer Reihe weiterer Morde, die bereits vor dem 4. Juli wie auch nach dem 4. Juli erfolgten, so dass allein aus der Arbeiterbewegung des Landes Braunschweig bis Sommer 1933 mindestens 30 Männer und eine Frau durch den faschistisch motivierten Terror ihr Leben verloren haben, zu denen wiederum auch noch die später an ihren Verletzungen Verstorbenen hinzuzuzählen sind.

Somit schließen wir in dem Gedenken in Rieseberg gleichzeitig auch die ein, die bereits zuvor und danach durch den Nazi- und Staatsterror ihr Leben verloren und der Familien, deren Leben von diesen Taten geprägt wurden.

Mit den Massenmorden änderte sich zugleich das gesellschaftliche Klima und die im öffentlichen Leben üblichen sozialen Beziehungen, denn seitdem unterblieben Begräbnisse mit streik- oder umzugeleitenden Anteilnahmen. Hinzu kamen dutzende von schwerverletzten Frauen und Männern, die nach den Misshandlungen zwar nicht verstarben, aber zum Teil nicht mehr genesen, Familien, die ihrer Existenz beraubt waren und vor allem in den ersten Tagen nach den Morden in Rieseberg viele mit der Ungewissheit lebten, weil nicht genau bekannt war, wer sich womöglich unter den Ermordeten befand. Nach dem Mord an den Wolfenbütteler Kommunisten Fritz Fischer, Alfred Perkampus und Alfred Müller verbreiteten die ihre Mörder das Gerücht, „Die drei Männer seien in die Sowjetunion geflüchtet: ... Das Einwohnermeldeamt registrierte damals: 6.7.1933, unbekannt verzogen“.<sup>33</sup>

Hinzuweisen ist in dem Zusammenhang, dass zur selben Zeit der Gewaltexzesse gegen die Arbeiterbewegung die Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung in Braunschweig erfolgte. Dazu zählten nicht nur die Boykottaktionen gegen Einrichtungen jüdischer Geschäftsleute, sondern auch Verhaftungen und zum Tode führende Misshandlungen. Auffällig ist dabei nach den Verhaftungen jüdischer Frauen und Männer im April 1933 eine weitere Verhaftungswelle unmittelbar nach dem Massaker in Rieseberg.<sup>34</sup>

### Achtens: Zum Eskalationsprinzip faschistischen Terrors

In Rieseberg wurde ein weiteres Eskalations-Prinzip des faschistischen Terrors offenbar: Neben den routinierten Tötungshandlungen durch Tot-Prügeln während der Razzien oder im Folterkeller, handelte es sich um eine gezielte Mordaktion nach dem Prinzip, das der nationalsozialistische Polizeipräsident von Berlin, Wolf Heinrich Graf Helldorf, bereits einige Wochen zuvor beschrieb: Für jeden getöteten Nationalsozialisten sollten „zehn Marxisten“ mit ihrem Leben büßen. Ein Prinzip, das reine Vernichtungsabsicht offenbarte; ein Prinzip, das bereits in den Kolonialkriegen angewandt und während der Besatzungsherrschaft in den europäischen Nachbarländern im größeren Stil praktiziert wurde und – das sollte nicht vergessen werden – schon gegen aufständische Arbeiter bei der Zerschlagung des Widerstandes gegen die Kapp-Putschisten durch die Freikorps angewandt wurde,<sup>35</sup> die noch gerade zuvor die Weimarer Regierung für abgesetzt erklärten und nach dem Scheitern der Putsches zum Kernpersonal der paramilitärischen Organisationen der NSDAP gehörten.

Spätestens jetzt – durch die Terroraktionen im Frühjahr 1933 – musste innerhalb der Arbeiterbewegung klar geworden sein, dass es den Herrschaftseliten nicht darum ging, mit den Gewerkschaften und Arbeiterparteien eine Art Stillhalteabkommen in Form eines „Burgfriedens“ wie im Ersten Weltkrieg anzustreben, sondern um deren völlige Eliminierung, die selbst unterordnungswillige Burgfriedensschließer nicht mehr benötigte, sondern als potenziell unsichere „Störenfriede“ gar nicht erst zulassen wollte.

---

<sup>33</sup> Zit.n. Kumlehn: (Anm. 31)

<sup>34</sup> Nach Reinowski soll sich in den Tagen der jüdische Arzt Dr. med. Kantorowicz „wegen dieser Vorfälle im Dienstzimmer des Vorsitzenden des Aerzteverbandes in Braunschweig nach einer Auseinandersetzung erschossen“ habe. Das Ereignis lässt sich jedoch nicht aus einer weiteren Quelle verifizieren. Hans Reinowski: Terror in Braunschweig, a.a.O., S. 26f (Anm.20); siehe auch die Aufstellung in der Dokumentation Juden in Braunschweig 1900 – 1945, a.a.O. (Anm. 30), S. 87

<sup>35</sup> In dem Zusammenhang verdient der Mechterstädter Arbeitermord am 25. März 1920 betrachtet zu werden, wo 15 Arbeiter von einer Gruppe Studenten von Studenten, überwiegend Korporierte, die freiwillig in einer hessischen Brigade diente und von einem glühenden Anhänger Kapps geführt wurden, aus ihren Wohnungen heraus verhaftet, abtransportiert und erschossen wurden. Sie dazu die Studie von Dietrich Heither / Adelheid Schulze: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland, Berlin 2015 sowie zur Frage von Erhard Lucas-Busemann: Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht?; Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr.5, Berlin (West) 1982, S. 13-26

Wenige Wochen nach den Morden tauchten Postkarten auf, die die Fotos der Gräber, auf denen die Namen der zehn Getöteten handschriftlich zugefügt und heimlich verkauft (dass dort eine weitere Person ermordet wurde, war zu dem Zeitpunkt nicht bekannt). Es handelte sich um ein von dem Massengrab in Rieseberg aufgenommenes Foto,<sup>36</sup> das an die Ermordung der zehn am 4. Juli 1933 ermordeten Antifaschisten erinnern sollte. Das Gedenken von Angehörigen und Freunden an die in Rieseberg Ermordeten fand eher im engen Familien und engsten Freundeskreis statt – ohne große Geleitzüge (zumal der Ort über 20 km weit von Braunschweig entfernt war) und auch der ohnmächtige Protest in Form von Trauerzügen nunmehr als ein staatsfeindlicher Akt verfolgt wurde. Selbst der Verkauf der Fotos als Gedenkkarte an Gleichgesinnte vom Ort des Geschehens, um die hinterbliebenen Familienangehörigen durch den Verkaufserlös zu unterstützen, wurde unter Strafverfolgung gestellt. Der Erlös von 30 Pfennig pro Karte diente der Unterstützung der selbst von Sozialhilfe ausgeschlossenen mittellosen Familien der Ermordeten. Diejenigen, ob familienzugehörig oder befreundet, wurden auch noch dann verhaftet und als Kriminelle verfolgt, weil sie es wagten, die Gedenkkarten mit den abgebildeten Gräbern zu vertreiben.

### Neuntens: Mordermittlungen als beschämendes Schauspiel

Da 1933 noch manche staatlichen Funktionsträger diese Ereignisse nicht einfach zu den Akten legen konnten und in einem straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren zu fassen suchten, erwiesen sich die Ermittlungen von Polizei (auch der dafür zuständige Chef der Landeskriminalpolizei Braunschweigs überließ die Ermittlungsarbeit den Tätern<sup>37</sup>) und Justiz als Farce, zumal die Landesregierung unter Ministerpräsident Klagges und seines der SS im höheren Dienstgrad angehörenden Justizministers alles unternahm, die Ermittlungen einstellen zu lassen.<sup>38</sup>

Obwohl in den Sondergerichtsprozessen im Schnellverfahren hunderte, mehrheitlich kommunistisch orientierte Arbeiter, zu Haftstrafen verurteilt wurden, bildete diese Maßnahme keinen Grund, den Terror zu vermindern – im Gegenteil.

Den Morden folgten zunächst gleich mehrere politische und juristische Vertuschungskomödien, die das Ansinnen nach Aufklärung oder auch nur geringe Ansätze von rechtsstaatlichen Verfahren von Anbeginn unterbanden.<sup>39</sup> So wurden zum einen die Ermittlungen verschleppt, unterbunden und Unter-

<sup>36</sup> Das Foto wurde erstmals abgebildet in: Peter Berger (Pseudonym von Manfred Burschka): Widerstand gegen ein braunes Braunschweig. Skizzen zum Widerstand 1925 – 1945, Hannover 1980, S. 193

<sup>37</sup> Georg Schraepel, der zum 1. Mai der NSDAP beigetreten war, sollte anschließend eine steile Karriere im nationalsozialistischen Staatsapparat und als Mörder in den Einsatzgruppen und in der Zentrale des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD durchlaufen. vgl. auch Reinhard Bein: Hitlers Braunschweiger Personal, Braunschweig 2017, S. 256–261.

<sup>38</sup> Vergl. Die Terroraktionen im März und die Morde von Rieseberg hatten bei der Justiz des Landes und beim Standortältesten der Wehrmacht zu heftigen Protesten geführt. Die Mordaktion in Rieseberg führte in Zusammenhang mit den Zuständen in den Haftlokalen der "Hilfspolizei", die am 1. Juli eine dritte Terrorwelle begonnen hatte, zu Auseinandersetzungen zwischen dem neuen Justizminister, Alpers, und dem von den Nationalsozialisten im Juni 1933 zum Oberlandesgerichtspräsidenten beförderten Dr. Bruno Heusinger (der spätere Präsident des Bundesgerichtshofes Heusinger, der schon vorher beim Braunschweiger Justizminister mehrmals vorstellig wurde, um den Misshandlungen der Gefangenen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse und dem ehemals sozialdemokratischen "Volksfreund" nachzugehen, forderte Untersuchungen im Fall Rieseberg. Der zuständige Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Königslutter, Amtsgerichtsrat Eickhoff, wurde in seiner Aufklärungsarbeit durch Landesregierung, "Hilfspolizei" und SS behindert. Nachdem sich Vertreter der Reichsregierung in die skandalösen Vorgänge eingeschaltet hatten, setzte Heusinger schließlich "Schnellgerichtsverfahren" in den Haftlokalen der "Hilfspolizei" durch. Diese Gerichtsverfahren beseitigten weder das Unrecht noch sprachen sie Recht, doch wurden sie von den meisten Gefangenen als Erleichterung empfunden, aus den Gefangenenlagern der Polizei zu kommen. Gerhard Wysocki: Die Geheime Staatspolizei, a.a.O. (Anm. 17)

<sup>39</sup> Immerhin waren die Mordaktionen zu diesem Zeitpunkt nicht gänzlich unumstritten, denn 1933 hatte sich NS-Elite reichsweit noch nicht fest in Regierungspositionen etabliert. Die Mordaktion in Rieseberg führte in Zusammenhang mit den Zuständen in den Haftlokalen der "Hilfspolizei" zu Auseinandersetzungen zwischen dem neuen Justizminister, Alpers, und dem von den Nationalsozialisten im Juni 1933 zum Oberlandesgerichtspräsidenten beförderten Dr. Bruno Heusinger (der spätere Präsident des Bundesgerichtshofes). Heusinger, der beim braunschweigischen Justizminister mehrmals vorstellig wurde, um den Misshandlungen der Gefangenen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse und dem ehemals sozialdemokratischen "Volksfreund" nachzugehen, forderte Untersuchungen im Fall Rieseberg.

Dennoch wurde erstens der zuständige Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Königslutter, Amtsgerichtsrat Eickhoff, in seiner Ermittlungsarbeit durch Landesregierung, "Hilfspolizei" und SS behindert. Außerdem

suchungsergebnisse unter Verschluss gehalten. Denn den Vorwurf Mord kann sich in der Öffentlichkeit – schon aus Legitimationsgründen – auch keine diktatorische Regierung gefallen lassen. Zum anderen wurden die Razzien mit fortgesetzter Brutalität fortgesetzt.

Mehr noch: Es handelte sich keineswegs um Mordaktionen durch eine „außer Kontrolle“ geratenen SS, sondern um solche durch Vertreter des Staates, der braunschweigischen Landesregierung, somit also auch **um ein Staatsverbrechen**, mit dem die Landesregierung die Dienste der SS in Anspruch nahm: geplant, organisiert und durchgeführt. Die Verantwortlichen für das Massaker, die nicht nur leitende Positionen in der SS, sondern auch in der Landesregierung inne hatten, sorgten eiligst dafür, sich noch im Sommer 1933 durch den Erlass der **Straffreiheitsgesetze**<sup>40</sup> zu amnestieren. Die Exekutivverwaltung versuchte gleichwohl die Spuren ihrer organisierten Mordaktion, die bei Teilen der Bevölkerung große Erregung und Erschütterungen hinterließen, zu verwischen. (Nur sechs Jahre später war auch das nicht mehr nötig: Mord aufgrund polizeilicher Anordnung wurde unter der Bezeichnung „Sonderbehandlung“ quasi "legalisiert").<sup>41</sup>

Mit anderen Worten: Die Verantwortlichen in der Landesregierung kalkultierten damit, dass sie für die rücksichtslose Durchsetzung ihrer Ziele bis zum Mord gehen konnten, ohne dafür jemals belangt zu werden. Eine potenzielle Entschuldigung im Sinne mangelnder Einsichtsfähigkeit etwa derart, dass das Rechtsbewusstsein seinerzeit nicht so ausgeprägt gewesen sei wie heute, kann in keinerlei Weise dafür geltend gemacht werden, denn andernfalls hätten sie der „Straffreiheitsgesetze nicht bedurft, mit denen Gesetze des Reichstrafgesetzbuches durch die Exekutive „ausgehebelt“ wurden und die Strafanzeigen Braunschweiger Familienangehöriger einfach „ins Leere“ liefen.

Neben den Mordaktionen fuhr die Landesregierung eine zweite Strategie, nämlich die Gefangenen der speziell geschaffenen Sondergerichtsbarkeit zu unterziehen.<sup>42</sup> Diese sollte keine Rechtsfindung betreiben, sondern die Verfolgung der antifaschistischen Gegner durch richterliche Urteile zu legitimieren. Hierfür trat bereits Ende der ersten Aprilwoche das neugeschaffene *Sondergericht* zusammen,

---

wurde auch die Kripo von dem Fall abgezogen. Der Leiter der braunschweigischen Kriminalpolizei sollte in den Folgejahren auch eine wunderbare Karriere machen.

ausführlich in: G. Wysocki: Die Geheime Staatspolizei, a.a.O., (Anm.17) sowie Bein (Anm.29)

<sup>40</sup> Straffreiheits-VO, RGBI. I, S.559, „Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933“. Obwohl damit bereits eine reichsweite Amnestierung der rechten Gewalt vorgesehen war, sah sich die braunschweigische Landesregierung veranlasst, für die Verbrechen in Braunschweig eine zusätzliche Absicherung zu schaffen, indem sie am 12. Juni und 22. September 1933 eigene Straffreiheitsgesetze durchsetzte. Anders als die VO des Reichspräsidenten, nach der besonders schwere Delikte wie schwere Körperverletzung und Mord nicht von der Straffreiheit gedeckt waren, konnte die braunschweigische Landesregierung damit bereits die Aufklärung schwerer Verbrechen verhindern. BrGuVS Nr.70, S. 108 und Nr. 111, S. 162

<sup>41</sup> So beeilten sich Klagges und sein Justizminister am 12. Juni und am 22. September 1933 die Straffreiheits-Gesetze durchzusetzen, um alle Verbrechen, deren Spuren nicht verwischt werden konnten, einer potentiellen Aufklärung und Strafverfolgung zu entziehen; BrGuVS Nr. 70, S. 108 und Nr 111, S. 162. Damit gingen sie weiter als die Straffreiheits-Verordnung vom 21. März 1933, mit der die Reichsregierung Verbrechen amnestierte, die im Zuge der "nationalen Erhebung" von SA- und Parteiangehörigen begangen wurden. Das Gesetz über Straffreiheit (RGBI. I, S.559) betraf im wesentlichen Straftaten "aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftlicher Kämpfe" sowie aus "wirtschaftlicher Not", nahm aber schwere Delikte aus. Siehe Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 324

<sup>42</sup> Nachdem sich Vertreter der Reichsregierung in die skandalösen Vorgänge eingeschaltet hatten, hatte *Heusinger* schließlich "*Schnellgerichtsverfahren*" in den Haftlokalen der "*Hilfspolizei*" durchgesetzt. Die wenigen demokratisch gesinnten Juristen, wie der Landgerichtsrat Dr. *Kurt Staff*, waren bereits als Nazi-Gegner ebenfalls während der „Überholaktionen“ auf offener Straße überfallen und schließlich aus dem Amt geprügelt worden. Rechtsstaatlich orientierte Juristen waren unerwünscht.

Zur Braunschweiger Justiz im Umgang mit politischen Gegnern siehe Helmut Kramer: NS-Justiz in Braunschweig und ihre Bewältigung nach 1945; in: Ders.: Braunschweig unterm Hakenkreuz. Bürgertum, Justiz und Kirche – eine Vortragsreihe und ihr Echo, Braunschweig 1981, S. 73 sowie von Rudolf Wassermann, Zur Geschichte des Oberlandesgerichts Braunschweig und die Biographie über *Dr. Bruno Heusinger* von Manfred Flotho: Bruno Heusinger – ein Präsident im Konflikt zwischen Solidarität und Gewissen; in: Justiz im Wandel der Zeit. Festschrift des Oberlandesgerichts Braunschweig, hrsgn. von Rudolf Wassermann, Braunschweig 1989, S. 47 und S. 361 ff sowie Hans-Ulrich Ludewig / Dietrich Küssner: „Es sei also jeder gewarnt“. Das Sondergericht Braunschweig 1933-1945, Selbstverlag des Braunschweigischen Geschichtsvereins, Braunschweig 2000, S. 47 ff

das aufgrund der "Heimtücke-Verordnung" des Reichspräsidenten vom 21. März 1933<sup>43</sup> für jeden Oberlandesgerichtsbezirk zu bilden war. Die Wahl des Verhandlungsortes machte dabei allzu deutlich, wer inzwischen Herr im Land Braunschweig war und welche Funktion die Justiz dabei einnahm: Das neue *Sondergericht Braunschweig* residierte in den Folterkellern der SS-Hilfspolizei im Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Den Vorsitz des Sondergerichts führte der Richter, *Friedrich Lachmund*, der als überzeugter Nationalsozialist bereits seit 1932 den „rücksichtslosesten Kampf gegen die Volksfeinde“ als den „humansten“ bezeichnete. Der Charakter der „Schnellgerichte“ war von rechtsstaatlichen Eigenschaften weit entfernt, zumal als Vertreter der Anklage ausgerechnet die beiden Staatsanwälte auftraten, die der SS angehörten, *Dr. Paul Seelemeyer* und *Paul Rasche*.<sup>44</sup>

### Zehntens: Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Partei- und Regierungsauftrag

In den Folgejahren konnte nunmehr der Terror staatlich institutionalisiert werden durch Gestapo und Sondergerichte, KZ-Haft und Fallbeil – bis hin zum polizeilichen Mordbefehl. Das „Aufbauwerk des Führers“ konnte somit nur über Leichenberge führen.

Von nun an sollte die im Aufbau befindliche und zum Teil aus der „SA-“ und „SS-Hilfspolizei“ hervorgehende Braunschweigische Politische Polizei und spätere Staatspolizeistelle Braunschweig die Aufgabe der Gegnerverfolgung fortführen. Ein System der völligen Rechtlosigkeit hatte sich somit etabliert. Verfolgung, Folter und Mord sollte fortan bürokratisch reichsweit organisiert, systematisiert, legitimiert und in großem Stil später auch für andere Gruppen durchgeführt werden. Der politische Gegner sollte nicht mehr nur – wie in der Zeit vor 1933 – von der Straße geprügelt und misshandelt und eingeschüchtert, sondern er sollte nunmehr durch arbeitsteilig und nicht überprüfbare einander ergänzende Verwaltungs- und Vollzugsverfahren vernichtet werden.

Nachfolgend weitete eine am Nationalsozialismus orientierte Justiz mittels der Sondergerichte ihre Tätigkeit aus, nachdem sich auch Braunschweiger Politiker bei Vertretern der Reichsregierung, darunter der ebenfalls langjährige NSDAP-Politiker und ehemalige Landtagspräsident bzw. amtierende Reichstagsvizepräsident *Ernst Zörner*, über die skandalösen Folterungen in der AOK beschwert hatten. Der Reichsstatthalter, der daraufhin Ende Juli 1933 die AOK besichtigte und die Verhältnisse als "skandalös" bezeichnete versuchte damit, die „unauthorisierten“ Misshandlungsstätten in staatliche Ordnungsgefüge und Verfahrensabläufe zu bringen.

Fortan verurteilten die Sondergerichte im Braunschweiger Land mehrere hundert gefangene Arbeiter zu hohen Haftstrafen (das Sondergericht Braunschweig, das in der AOK tagte, ungefähr 40 Prozesse mit jeweils mehreren Angeklagten an zwei Prozesstagen, 4. und 5. August 1933, rund 200 Verurteilungen verhängte; das Sondergericht in Blankenburg verurteilte am 29. September 60 Kommunisten, die am 20. September durch ein Kommando der SS verhaftet wurden).

Am 07. Oktober 1933 im Prozess wegen Landfriedensbruch (Schussverletzung eines SA-Mannes am Oberarm am 11. Februar 1933 in Braunschweig) wurden der Kommunist *Adolf Wolf* zum Tode, *Ernst Flentge* und *Ernst Donath* zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (beide kamen später im Konzentrationslager ums Leben).

Schließlich sollten eine nationalsozialistisch ausgerichtete Polizei und Justiz in den Folgejahren darum konkurrieren, wer am effizientesten und wirksamsten in ihrer jeweiligen Zuständigkeit die Stabilisierung des Unrechtsstaates und später die Unterstützung der Kriegsführung förderte.

In den folgenden Jahren sollten auch im Land Braunschweig noch viele Funktionsträger der Arbeiterorganisationen, die zum Teil während der „hilfspolizeilichen Überholaktionen“ seit März 1933 verhaftet wurden, in die Konzentrationslager verschleppt und – zum Teil auf besonderen Wunsch des braunschweigischen Ministerpräsidenten – ermordet werden.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Diese Verordnung war die letzte der vier strafrechtlichen Notverordnungen und wurde drei Tage vor Inkrafttreten des "Ermächtigungsgesetzes" erlassen. Sie bezweckte unmittelbar den Schutz der Regierung Hitler und der hinter ihr stehenden Verbände, namentlich der NSDAP und ihrer paramilitärischen Kampfverbände. Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933, RGBI. I, S. 135

<sup>44</sup> Für die Braunschweiger Landesregierung, die beabsichtigte, ihre Gegner dauerhaft aus dem Verkehr zu ziehen, waren solcherart erworbene Geständnisse deshalb von geringem Wert, obgleich über 100 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 54 Prozesse geführt wurden. Massenverhaftungen und Prozesse vor dem Sondergericht erfolgten bis November 1933. Um seine Gegner dauerhaft auszuschalten, kooperierte Klagges in den folgenden Jahren deshalb besonders eng mit der Politischen Polizei, die als Verfolgungsorgan nazistisch ausgerichtet und stark erweitert wurde.

<sup>45</sup> So beispielsweise bei Otto Thielemann, Schriftsteller und Redakteur beim "Volksfreund", Landtagsabgeordneter (SPD). Thielemann wurde bereits während der ersten „Überholaktion“ am 11. März 1933 verhaftet und

Selbst unter Berücksichtigung der Schilderungen ehemaliger Hilfspolizei-Häftlinge – nach ihren späteren Aussagen im Klagges-Prozess 1949/50 und soweit sie nicht zu denen gehörten, die weiter gefoltert wurden, – die die Verhandlung vor dem Sondergericht und durch den Antritt der Straftat als eine Erleichterung empfanden, nämlich den Quälereien ihrer Verfolger der aus SA- und SS-Verbänden rekrutierten „Hilfspolizisten“ zunächst entzogen zu sein, führte der Terror keineswegs dazu, dass etwa Empörung – selbst Angehöriger national gesinnter Kreise –, zu seiner Abschaffung, sondern zu einer verwaltungsbürokratisch gesteuerten Scheinlegalisierung, mit der das Unrechts-Regime seine Legitimation durchzusetzen suchte.<sup>46</sup>

Terror und Repression wirken zersetzend auf den Zusammenhalt der Gesellschaftsmitglieder, zerstören Solidarität und demoralisieren die Menschen, die sich zunehmend auf sich allein gestellt sehen. Die wachsende Vorsicht, mit der sich Verfolgte und Freunde trafen, um ihre Anteilnahme auszudrücken, um sich gegenseitig Mut zuzusprechen und die Moral zu stärken, um Solidarität und Kommunikation zu pflegen zeigt, dass auf der einen Seite die neue Gangart des Staates, nämlich absolute Rechtlosigkeit, als tiefer Einschnitt in das berufliche und persönliche Leben den Arbeiterfamilien durchaus bewusst war, andererseits die Tatsache, dass es dem faschistischen Regime aufgrund der Brutalität und Unberechenbarkeit gelang, ein Grundvertrauen im menschlichen und sozialen Zusammenleben allmählich aufzureiben: Bei sozialistisch und demokratisch orientierten Menschen nahm die Fassungslosigkeit zu. Das Kalkül ihrer Verfolger schien nunmehr aufzugehen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen als Subjekt kollektiver Willensbekundungen und Handlungsfähigkeit auszuschalten.

Denn Gewerkschaften und Parteien, die Arbeiterpresse und Buchklubs waren bereits im März und April 1933 zerschlagen und verboten worden. Nichts von der Arbeiterkultur der letzten 100 Jahre sollte erhalten bleiben – weder Arbeitersportvereine und Konsumgenossenschaften noch Musikorchester oder Buchgemeinschaften. Selbst mentale Haltungen, Zugehörigkeitsempfinden und kultureller Eigensinn sollten als Gesinnung ausgelöscht werden.

Berichte ehemaliger AOK- bzw. Gefangener der SA / SS sowie Angehöriger von Betriebsbelegschaften, insbesondere der Miag u.a. Großbetriebe führen uns die neue Situation vor Augen: Das eigene Überleben, die Hoffnung auf das Überstehen des Schlimmsten, hervorgerufen durch Todesangst und die Sorge um die eigene Familie rückten in den Vordergrund.

---

auf Weisung von Klagges und Alpers gefoltert; nach seiner Freilassung flüchtete Thielemann nach Hamburg, wo er kurze Zeit später erneut verhaftet wurde; verbrachte drei Jahre "Schutzhaft" in Braunschweig und wurde 1936 ins KZ Dachau gebracht, wo er im berühmten Bunker – auf Wunsch von Klagges – stranguliert wurde. Aus schon persönlicher Rachsucht ließ Klagges auch den ehemaligen braunschweigischen Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Jasper verhaften und ins Konzentrationslager bringen.

Zu den durch die Landesregierung des Freistaates Braunschweig und die Braunschweigische Politische Polizei / Geheime Staatspolizei verfolgte und verstorbene Mandatsträger und Oppositionelle aus dem Land Braunschweig siehe Anhang Chronik der Ereignisse in Braunschweig 1930-1933.

<sup>46</sup> Erst nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, mit der gleichzeitig eine alternative politische Öffentlichkeit beseitigt und die Zulassung freigedanklicher Diskussionen unterbunden war, konnten die Nazis mit Erfolg daran gehen, die Folgsamkeit der Bevölkerung durch Terror und Repression auf der einen Seite sowie durch sozialpolitische Integrations- und Kompensationsangebote auf der anderen Seite durchzusetzen. Beide Strategien setzten zeitgleich an und wurden propagandistisch in Szene gesetzt.

Aufgrund der Empfänglichkeit eines Gros der Bevölkerung für das neue Regime und nachdem das gesellschaftspolitische Klima oppositionslos sich mit geschlossener Zustimmung inszeniert wurde, schafften es die Herrschaftseliten mit der ab 1933 beginnenden Verfolgung der jüdischen Bevölkerung das Gros der Bevölkerung zu „Mittätern“ zu machen, sei es durch aktive Beteiligung, Kauf von enteignetem Hab und Gut aus dem Eigentum jüdischer Bürgerinnen und Bürger, schweigende Zustimmung oder Unterlassung. Siehe die These, wonach das NS-Regime für das Gros der Bevölkerung als „Gefälligkeitsdiktatur“ wahrgenommen wurde bei Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005; ähnlich Robert Gellately: Hinweggeschaut und weggehen. Hitler und sein Volk; München 2002

## II. Die Ermordeten als Mahnung

Die Männer wie die in Rieseberg ermordeten Betriebsräte, d.h. im verbindenden Sinne Kollegen, denen wir – wären wir damals, also vor über 90 Jahren, Zeitgenossen gewesen – womöglich ebenfalls unsere Stimme zur Betriebsratswahl gegeben hätten, waren damals immun gegen den nationalsozialistischen Populismus und Rechtsextremismus, der sich bis Januar 1933 noch nicht derart systematisch terroristisch offenbarte wie nach dem Reichstagsbrand und mit der Erkenntnis, die wir heute über die nazistische Herrschaft und ihre Folgen verfügen.

Gleichwohl verfügten diese Männer bereits über weitreichende Erfahrungen mit dem rechtsextremistischen und faschistischen Terror aus der Zeit seit der Novemberrevolution 1918: Hemmungsloser Schusswaffengebrauch gegen demonstrierende und streikende Arbeiter, mehrere Putschversuche rechtsextremistischer Militär- und Regierungsvertreter, die bedrohliche Situation des Kapp-Putsches und schließlich die Aufmärsche und Drangsalierungen durch die SA und den Stahlhelm in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Die Männer, die in Rieseberg begraben und die anderen während der Terroraktionen Ermordeten waren gegenüber den Nazis weder kompromiss- noch anpassungsbereit. Das machte sie zur Zielscheibe für die nazistischen Schläger und für die Planung und Durchführung der Mordaktion durch die braunschweigische Landesregierung und die SS. Denn durch ihre Geradlinigkeit, Erfahrungen und Solidarhaltung in den schwierigen Zeiten gaben sie vielen Klassengenossen eine Orientierung, mit der sie sich einer Akzeptanz der neuen Machthaber widersetzen.

Haben die Protagonisten der Arbeiterbewegung die Nationalsozialisten unterschätzt? Unterschätzt haben sie sicher die Brutalisierung- und Vernichtungsdynamik des Faschismus. Denn die Vernichtungsdimensionen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, die die Nachkriegsgesellschaft erst 20 Jahre nach dem 08. Mai 1945 allmählich zu begreifen sich anschickte, war bis Anfang 1933 schwer vorstellbar: Zum einen setzte die erste demokratische Verfassung in Deutschland neue Maßstäbe, zum anderen hatte sich in den letzten Jahrhunderten ein soziales und politisches Grundvertrauen herausgebildet. Die Situation ab 1933 war gekennzeichnet durch den völligen Bruch dieses Grundvertrauens, auf das sich Menschen in sozialen Beziehungen stützen können und müssen, um Gesellschaft existent zu halten. Selbst zur Zeit des Sozialistengesetzes unter Bismarck, in der der monarchische Staat die unter der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterbewegung als Staatsfeinde betrachtete und Verbote, Verfolgungen und Haftstrafen durchaus an der Tagesordnung waren und für viele auch existenzbedrohend waren, bestand zumindest ein Grundvertrauen darin, dass selbst staatliche Organe ihre Gegner zwar bekämpfen, aber nicht einfach – ob aus politischen, religiösen, rassistischen o.a. Motiven auch immer – liquidieren durfte.

Vorstellbar – und aus der Erfahrung der letzten 14 Jahre seit der Novemberrevolution 1918 – war den Arbeitern damals durchaus sowohl die Gefährlichkeit der Rechtsextremisten als auch die pure Demagogie, wie es beispielsweise 1932 [Kurt Schumacher](#) als junger Reichstagsabgeordneter während einer Rede aussprach, bewusst. Er attestierte dem Nationalsozialismus, "dass ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen" sei. Mit abgrundtiefer Verachtung hatte er die Fraktion der lärmenden Braunhemden mit den Worten überschüttet:

"Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen".<sup>47</sup>

In Rieseberg stehen wir an einem Ort, an dem das Leben der elf Braunschweiger, neun Arbeiter, ein Student sowie ein uns Unbekannter, durch bedingungslose Feinde der Demokratie gewaltsam beendet wurde. Dazu kommen in jenen Tagen viele weitere. Die Ermordeten gehörten einer Klasse an, mehr noch sie waren Teil einer Bewegung, die soziale Rechte für die am Rande stehenden Gesellschaftsmitglieder einforderten. In der Zeit nach den verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges, vor allem für Arbeiterfamilien eine Zeit des Mangels und des Hungers, einer Zeit der Inflationserfahrung seit 1923, in der darüber hinaus das Kleinbürgertum ruiniert wurde, einer Zeit wachsender Erwerbslosigkeit und des Verlustes selbst geringfügig erkämpfter sozialer Errungenschaften spätestens ab Ende der 20er Jahre sowie einer Zeit der zunehmenden Ausweitung rechtsextremistischer Angriffe auf alle Akteure und tragende Organisationen der Weimarer Republik – in solch einer Zeit erhielten alle Aktivitäten zur Rettung demokratischer Einrichtungen und sozialer Rechte fast notwendigerweise revolutio-

---

<sup>47</sup> Zit. n. Detlef Lehnert: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983, Frankfurt/Main 1983, S. 167

nären Charakter. Aktive Verteidigung der Republik war in erster Linie nur noch möglich als ein antifaschistisch ausgerichteter Kampf.

In diesem Kampf, der immer mehr zum Abwehrkampf gegen die zerstörerischen Angriffe der rechts-extremistischen Feinde auf die gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen der Republik geriet, Angriffe, die von weiten Teilen der Aristokratie, des Bürgertums, der Beamtenschaft sowie der Industriellen begrüßt, dazu ermuntert oder sogar aktiv unterstützt wurden, war die Arbeiterbewegung – bis auf eine Minderheit intellektueller Gesellschaftsmitglieder – auf sich allein gestellt.

Und in diesem Abwehrkampf zahlte vor allem die Arbeiterbewegung einen hohen Preis. Aufgrund der Erfahrungen mit der Liquidierung der Novemberrevolution durch rechte Freikorps und den Massakern bei den wiederholten Versuchen der von rechts putschenden Eliten die Republik zu beseitigen, waren sich die aktiven Verteidiger der Republik des persönlichen Risikos, in dem sie sich befanden, mit Sicherheit bewusst.

Dieses Risiko zu tragen, die Zuversicht nicht zu verlieren und den Optimismus auf den eigenen Erfolg zu bewahren war nur möglich durch solidarische Aktionen. Diese waren schon prägend während der Massenstreiks im Ersten Weltkrieg, der Novemberrevolution und schließlich – wenngleich am Ende der Weimarer Republik zunehmend in der Defensive – im Abwehrkampf gegen übermächtig die werdende faschistische Bewegung. Denn im Verlauf der Aktionen verloren viele Kolleginnen und Kollegen ihr Leben, andere wurden – oft mit dauerhafter Verzehrtheit – verletzt, Freunde und Verwandte verloren ihnen nahestehende Menschen wie Familien gleichzeitig auch den Verlust ihres Ernährers tragen mussten.

„Niemals erschüttert der individuelle Tod mehr Menschen und lässt sie mittrauern mit denen, die dem Toten nahestanden, als wenn er Teil ist einer kollektiven Anstrengung zur Selbstbefreiung“.<sup>48</sup> Die ohnehin starken sozialen Bande zwischen den Klassengenossen wurden in Solidaraktionen, und dazu gehörte auch das gemeinsame Trauergelächter, verstärkt. Alle Beteiligten wussten, dass hier waren, weil es um eine für sie persönlich und ihre Klasse lebensentscheidende Weichenstellung ging.

Beisetzungen von „Gefallenen der Arbeiterbewegung“, die ihr Leben verloren aufgrund ihres Engagements für und in solidarischen Aktionen, bildeten deshalb immer ein ausgesprochen aufwühlendes Ereignis im politischen Leben der Beteiligten, und zwar über die Grenzen bzw. Zugehörigkeit zu einer Organisation hinweg. Ihre Beerdigung bildete kein gewöhnliches gesellschaftliches Ritual, das mit seinem Vollzug „erledigt“ war, sondern war – neben des persönlichen – ein Erleben einer kollektiven Subjektbildung oder – anders ausgedrückt – der gegenseitigen Versicherung, das Ziel, dass sie mit den Toten verbindet, weiterhin anzustreben.<sup>49</sup>

### Beerdigungen, Trauerzüge und Würdigung der gefallenen / ermordeten Arbeiter zum terroristischen Angriff auf Beerdigungszüge der Arbeiter

Auch die Braunschweiger Arbeiter erwiesen den im Kampf gegen die Rechtsextremisten Getöteten ihre Ehre. Sie gaben auch dem Schmerz, den sie durch den Verlust ihrer mitstreitenden Freunde, Kollegen und Familienangehörigen empfanden Ausdruck. Wiederholt traten Tausende in den Betrieben in den Ausstand, Tausende nahmen an den Beerdigungen ihrer erschossenen oder erschlagenen Kolleginnen und Kollegen teil. Es ist als würden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen angesichts der toten Mitkämpfer endgültig der Unerbittlichkeit und Unwiderruflichkeit ihrer Anstrengungen bewusst.<sup>50</sup> Und wie nötig war die Solidarität jetzt, nachdem der Tod vieler einerseits Zweifel nährte, weil sie nicht ausgereicht hat, die Republik und die eigenen Organisationen zu erhalten, andererseits der Kampf gegen Knechtschaft und für Demokratie nicht falsch sein konnte.

---

<sup>48</sup> Zit. n. Erhard Lucas: Märzrevolution 1920, Band 1: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, 2. ergänzte Auflage des 1970 unter dem Titel „Märzrevolution im Ruhrgebiet März / April 1920“ erschienenen Textes, Verlag Roter Stern, Frankfurt/Main 1974, S. 310

<sup>49</sup> Diese besondere Beziehung zu den Toten, die als „Gefallene“ im Kampf ihr Leben ließen (auch bei Suizid aufgrund des nicht mehr zu ertragen könnenden Terrors) und gleichzeitig zu dem „Kollektiv“ aller beteiligten Kämpfer, lässt sich beobachten bei den verschiedenen ehrfürchtig-pathetischen Aufgeboten der Berliner Revolutionäre des Jahres 1848 für die „Märzgefallenen“, den Bestattungszereemonien für die Toten nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Moskau, der Beerdigungszereemonie für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg u.a.m.

<sup>50</sup> In diesem Zusammenhang beschreibt Erhard Lucas etwa auch den Unterschied der Beisetzungen in der Phase der siegreichen Revolution 1848, im März 1920 im Ruhrgebiet u.a., eine Phase, in der der Ausgang der revolutionären Erhebung noch offen ist, im Gegensatz der Beerdigungszereemonien von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in der die Arbeiter im Frühjahr 1919 gerade eine Niederlage haben hinnehmen müssen und sich eine entsprechende Niedergeschlagenheit breit machte; a.a.O. (Anm. 48)

Die in Rieseberg Ermordeten standen für ein konsequentes Engagement gegen die rechtsextremistischen und faschistischen Feinde der Republik. Zu diesem Zeitpunkt, Ende Juni 1933, viele Gewerkschafter in Deutschland waren bereits ermordet, Vertreter der Arbeiterparteien zur Abgabe ihres politischen Mandats gezwungen, hunderte von engagierten Kämpfern, darunter auch viele Betriebsräte der großen Betriebe, deren Mandate annulliert wurden, kaltgestellt, befand sich die Arbeiterbewegung bereits im Zustand einer schweren Niederlage.

Der unverblümete Massenmord durch die SS zielte nicht zuletzt darauf, den seit März 1933 bereits in der Defensive befindlichen Arbeitern, nach dem Scheitern der Republikverteidigung, auch noch ihre letzte Möglichkeit, Zusammengehörigkeit in der Öffentlichkeit zeigen zu können, zu nehmen. Öffentliches Trauern wurde jetzt als Angriff auf den neuen Staat durch Polizeieinsätze im Ansatz unterbunden, Familienangehörige und Freunde als Staatsfeinde verfolgt. Der Angriff erfolgte somit auf die letzte essentielle Möglichkeit, sich als kollektives Subjekt zu begreifen und daraus moralisch-mentale Kraft zu beziehen.

Beerdigungen ihrer ermordeten Kollegen waren nunmehr die einzige Möglichkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Ablehnung des Faschismus demonstrativ nach außen zu tragen, weil alle, die zur Beisetzung gekommen waren, wussten und es auch mit Wut und Verbitterung fühlten, dass jeder Tote einer von ihnen war, ein Kollege, der für die gemeinsamen Ziele ermordet wurde. Eben deshalb und weil der Abschied von den Verstorbenen zu den im Urvertrauen menschlichen Zusammenlebens angelegten Ritualen gehört, erbrachten Tausende den Ermordeten ihre persönliche Referenz.<sup>51</sup> Eine Referenz, die somit die Gemeinsamkeit ihrer Lage und die Sinnhaftigkeit ihres politischen Handelns untermauerte, und zwar in diesem Moment des Trauerns – auch das war ein entscheidendes Merkmal – über alle Parteigrenzen, Zerrissenheiten und Konkurrenzen hinweg. Mit welcher eindrucksvollen Kraft die Trauerveranstaltungen stattfanden, geht aus den Schilderungen Robert Gehrkes hervor: Zur Beerdigung der von SA-Gruppen ermordeten Auguste Reineke und Adolf Wiese versammelten sich rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den verschiedenen Stadtteilen und zogen in geschlossenen Belegschaften im Sternmarsch zum Friedhof, um sich vor dem Krematorium zu versammeln.<sup>52</sup> Es handelte sich im wahrsten Sinne um große Ehrerbietungen. Denn Beerdigungen von aus politischen Gründen ermordeten Menschen sind stets gesellschaftliche Akte, mit denen den Getöteten die letzte Ehre erwiesen wird, und zwar Ehre im wahrsten humanistischen Sinn des Wortes und im gesellschaftspolitischen Sinne.

Genau das können faschistische Systeme und Organisationen – auch andere autoritär-diktatorische Systeme – nicht ertragen (weshalb u.a. die nazifizierte Polizei nicht Mord, sondern von „Sonderbehandlung“ sprach). Den Nazis ging es nicht nur darum (und geht es auch heute nicht nur darum, sicher das auch), den Rechtsstaat abzuschaffen, den Schutz des Individuums vor staatlichen Zugriffen (oder den Zugriffen rechtsextremistisch-faschistischer Organisationen) aufzuheben, sondern auch darum alle Bürger (soweit nicht jüdisch oder aus anderen Gründen mit faschistischen Prinzipien nicht vereinbar) zu Subjekten ihres Herrschaftsprinzips zu machen: Nämlich dass jedes Gesellschaftsmitglied als treues Gefolgschaftsmitglied sich selbst als Teil des Herrschaftssystems geriert – oder dahin „erzogen“ werden müsse.

Es ist im Urvertrauen menschlichen Zusammenlebens auch nicht möglich, am Grabe von Verstorbenen, erst recht an den Gräbern von Ermordeten, Abschied von denselben zu nehmen ohne ihnen gleichzeitig, damit natürlich auch den trauernden Familienangehörigen eine Referenz zu erweisen, die gleichzeitig eine Würdigung ihres Lebenswerkes ist, nämlich **das**, wofür sie gestanden, und **das**, was sie repräsentiert haben, ebenfalls zu würdigen.

Eben deshalb setzten die nationalsozialistischen Schlägerverbände bzw. die daraus rekrutierte staatliche „Hilfspolizei“ und die Staatsvertreter die Verhaftungen, Misshandlungen und Ermordungen von Arbeitern fort, nachdem am 25. Juni der Braunschweiger Arbeiter *Otto Rose* (KPD) ermordet wurde und die Arbeiterschaft in Flugblättern zur Protestaktion wegen der Ermordung Roses aufgerufen hatte. Die „Fahndungspanne“ der paramilitärischen SS, dabei versehentlich einen eigenen Kameraden, Landmann, zu erschießen, nutzte die Landesregierung willkommenerweise, um die Brutalität ihres Terrors zu steigern.

---

<sup>51</sup> Anlässlich des Gedenkens des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus wies vor 26 Jahren die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, auf die historisch-literarische Figur der Antigone hin, die das Sinnbild des Widerstandsrechts verkörpert, „nämlich .... entgegen dem Gebot des Despoten ihren im Kampf gefallenen Bruder begrub. Sie setzte ... die aller staatlichen Gesetzgebung vorausgehenden Sittengesetze entgegen, die wir heute die unveräußerlichen Menschenrechte nennen.“ Die Opposition gegen das Nazi-Regime. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, beantwortet die Frage: Was ist Widerstand?; der Wortlaut des Vortrages ist dokumentiert in: Frankfurter Rundschau 19. Juli 1997

<sup>52</sup> Robert Gehrke: In Braunschweigs dunkelsten Tagen, a.a.O. (Anm. 19), S. 48f

Genau hier zerstörten die Nazis nicht nur den gesellschaftlich- und politisch-organisatorischen Zusammenhalt der Arbeiterbewegung, sondern sie zielten auch darauf, die empathische Bindungskraft – im anthropologisch-humanistischen Sinn – zwischen den Mitgliedern der betrieblichen Solidaritätsgemeinschaften, nachbarschaftlichen Wohnmilieus und Selbsthilfeorganisationen zu zerstören. Durch die Systematisierung von Terror, genauer durch die staatliche Organisation, Tolerierung, Strafvereitelung und gar Beteiligung in Form von Folter, Todesangst und Hinrichtungen mit Hilfe faschistischer und rechtsextremistischer Gruppen, sollte das Zusammengehörigkeitsgefühl, das mentale Bewusstsein der Klassenzugehörigkeit, die im inneren Herzen auch über Parteigrenzen hinweg empfundene tiefe Verbundenheit für das miteinander Einstehen mit dem eigenen Leben und für das Leben der Kollegen und Klassengenossen als Triebfeder des Handelns gelöscht werden.

Festzuhalten bleibt, dass auf jeden Mord, den Nazi-Angehörige an Arbeitern begangen haben, die Beisetzung der Ermordeten erfolgte, an der tausende Braunschweiger Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen und gleichzeitig Massenstreikaktionen in fast allen großen Betrieben und öffentliche Demonstrationen stattfanden.

### Trauerveranstaltungen verboten und verfolgt

Auf den Beerdigungen der Revolutionszeit erleben wir die Trauenden in den Beisetzungszügen als selbstbewusste, mit erhobenen Haupt marschierende kampfbereite Menschen, die sich sicher sind, dass ihre Zeit gekommen ist, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Menschen kamen massenhaft zusammen wie nur selten in der Geschichte, und die Trauerzüge von vom Ort der Aufbahrung der Särge bis zum Friedhof dauerten mehrere Stunden. Während der Beisetzung selbst entwickelte sich an den – meist offenen Gräbern – eine pathetische Zeremonie mit Fahnen, Rezitationen und Ansprachen und Chorgesängen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Text eines der bekanntesten Arbeiterlieder jener Zeit, „Tord Foleson“, das mit Abstand beliebteste Chorlied, komponiert und getextet 1905 von [Gustav Adolf Uthmann](#), einem Wuppertaler Färbereiarbeiter und späteren Krankenkassenbeamten, der sich autodidaktisch die Kompositionslehre angeeignet hatte. Das Lied („Sie standen in Norwegs Feld gerüstet zum Streit: Die alte gegen die neue Zeit. ...“, das eine Szene in der Frühgeschichte Norwegens beschreibt, endet mit den Zeilen: „Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt: Das Banner kann stehn, wenn der Mann auch fällt!“<sup>53</sup> Das Lied symbolisierte – ebenso wie das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ angesichts der leuchtenden Zukunft „das Sterben verlacht“<sup>54</sup> – den Kampf zwischen Rückschritt und Fortschritt und beschwor die Akteure, dass sie den historischen Augenblick, den Gang der Weltgeschichte auf ihrer Seite hatten: eine symbolträchtige Haltung, die aufgrund des für viele nur schwer zu ertragenden nationalsozialistischen Terrors – selbst auch im Fall der Entscheidung zum Suizid – sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Verständnisses gehört.

Zahlreiche Reden auf Gewerkschafts- und Parteiversammlungen sind mit diesen beiden Schlusszeilen beendet worden: „Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt: Das Banner kann stehn, wenn der Mann auch fällt!“ oder – wie der Braunschweiger Volksfreund nach einem Klassenjustizurteil im Jahre 1910 gegen einen ihrer Redakteure, [August Wesemeier](#), formulierte „Sie warfen einen nieder, tausende erstehen wieder!“ Wer damit seine Rede beendete, konnte sich meist des Beifalls sicher sein – auch in Braunschweig.<sup>55</sup>

1933 jedoch veränderte sich die Szenerie schlagartig und damit auch die Beisetzungen der toten Klassengenossen, die nunmehr nicht mehr im Kampf gegen rechtsextremistische Täter gefallen waren, sondern mittels strategischen Mordkalküls, organisierter Mordlust und staatlicher Vorschubleistungen umgebracht wurden. Trauerndes Gedenken ließ der nationalsozialistische Staat ebenfalls nicht mehr zu, um – wie bei den in Rieseberg Ermordeten – sowohl die Erinnerung auszulöschen (siehe

<sup>53</sup> In dem Zusammenhang weist Erhard Lucas darauf hin, dass die Arbeiterbewegung vor allem als eine Männerbewegung charakterisiert ist. Mit welchen Wirkungen siehe dazu ausführlich in: Erhard Lucas: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Stroemfeld / Roter Stern, Basel / Frankfurt/Main 1983, S. 48 f

<sup>54</sup> Karl Adamek: Lieder der Arbeiterbewegung: LiederBilderLeseBuch und Gitarrenschule von Kalle Pohl, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1981, S. 134 f

<sup>55</sup> Rückwirkend standen die Zeilen auch im Gedenken an verstorbene Genossen und Genossinnen, die sich für die Partei verdient gemacht hatten, wie etwa [Wilhelm Bracke](#). Siehe auch 90 Jahre SPD Braunschweig 1865 – 1955, hrsg. vom SPD Bezirk und Stadtkreis Braunschweig im August / September 1955, S. 19, 31 sowie als Aufrufe zur Stärkung der Bewegung wie sie [Robert Gehrke](#) in seinen Erinnerungen über den Prozess gegen die Volksfreundredakteure Wesemeyer und Brenner im Mai 1910 beschreibt.

auch den Abschiedsbrief von *Toni Pfülf*<sup>56</sup> als auch die solidargetragene Anteilnahme der potenziell Trauernden untereinander zu unterbinden.

Gleichwohl gab es zu den Beerdigungen im Verlauf der Terroraktionen im März und den Folgemonaten einen gravierenden Unterschied zu den Beerdigungen gefallener Revolutionskämpfer von 1918 oder den Trauerzügen in den Tagen des erfolgreichen Abwehrkampfes gegen die Kapp-Putschisten 1920 (also vor der Niederlage und dem hemmungslosen „weißen“ Terror).

Im Verlauf des Nazi-Terrors im Frühjahr 1933, der Vernichtung der Arbeiterorganisationen und der Ermordung vieler Mandatsträger der Arbeiterbewegung und angesichts der geballten Macht von Nazis, weiteren Rechtsspektren und ihren Sympathisanten sowie der Zustimmung der gesellschaftlichen Eliten war die historische Aussicht für die Arbeiterbewegung alles andere als zukunftssicher.

Nunmehr ging es um das nackte Überleben. Die Unerbittlichkeit des Kampfes gegen den nazistischen Rechtsextremismus offenbarte, dass man nicht mehr stark genug war, staatlich protegierte Faschisten von dem Kaliber abzuwehren und die Republik zu retten. Der eigene Einsatz war womöglich vergeblich gewesen und – um den Sinn des Chorliedes zu bemühen – die Männer fielen oder wurden auf unbestimmte Zeit gefangen gehalten, ohne dass das Banner wieder aufgerichtet werden konnte – und ohne dass – wie der Volkfreund 1910 noch schrieb – „tausende erstehen wieder!“ Das war eine – auch im Vergleich der Situation während des Bismarckschen Sozialistengesetz rund 50 Jahre zuvor – lebensverändernd völlig neue Erfahrung, so dass die Ohnmacht in den Folgejahren in einer verstummten Form des Abwartens mündete – wie etwa bei den von den Nazis und den „Betriebsführern“ angeordneten „Gefolgschaftsmärschen“ am umbenannten 1. Mai zum „Tag der Nationalen Arbeit“.<sup>57</sup>

Die nächste auf Freiwilligkeit beruhende Demonstration, an der tausende Braunschweiger teilgenommen hatten, fand erst wieder wenige Wochen nach der Kapitulation des Nazi-Regimes am 4. Juli 1946 statt, als für die in Rieseberg Ermordeten eine würdige Bestattung erfolgte und ein Denkmal eingeweiht wurde.

Das Lied „Die Moorsoldaten“, das wir zu diesem Anlass am Gedenktag des 4. Juli in Rieseberg gemeinsam singen, ist ein Lied der geschlagenen Arbeiterbewegung, von denen die Engagiertesten, die die bisherigen Terroraktionen überlebt hatten, in den Konzentrationslagern ihrer Freiheit beraubt waren und misshandelt wurden. Das im August 1933 im KZ Börgermoor entstandene Lied ist das bittere Eingeständnis dieser Niederlage, „ein Seufzer“, der „manche Brust ... dehnet“ – wie es im Liedtext heißt.<sup>58</sup>

<sup>56</sup> Ergreifend der Abschiedsbrief einer engagierten großen Sozialdemokratin, *Antonie – genannt Toni – Pfülf*, an einen Freund, dem bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten *Alfons Bayerer*, dem sie schreibt (den Begriff Mann im Vers ersetzt sie nicht durch Frau, sondern durch Mensch):

"Lieber Alfons, ich bitte dich, unseren Freunden meinen letzten Gruß zu bestellen. Sie sollen den Mut nicht sinken lassen. Das Banner bleibt stehen, wenn der Mensch auch fällt. (...) Den Weg, den die Partei heute geht, kann ich nicht mitgehen. Ich sterbe im Glauben an die sozialistische Zukunft Deutschlands und der Welt. Freiheit! Toni Pfülf."

in 150 Jahre SPD, Meilenstein 08. Juni 1933 über das Gedenken an *Toni Pfülf* (1877 – 1933)

[http://150-jahre-spd.de/meilensteine/101380/1933\\_selbstmord\\_toni\\_pfuefl.html?view=json150](http://150-jahre-spd.de/meilensteine/101380/1933_selbstmord_toni_pfuefl.html?view=json150)

<sup>57</sup> Von kleinen Gruppen angesehen, die sich der bislang bekannten Organisationsdisziplin verpflichtet sahen letztlich in der neuen Situation aber mobilisierungsunwirksam waren und schließlich meist von der Braunschweigischen Politischen Polizei (ab 1936 Geheime Staatspolizei) verhaftet wurden, bildeten die einzigen Gelegenheiten, bei denen die Belegschaften in den Folgejahren wieder öffentlich zusammen marschierten, allerdings bei den von den Nazis angeordneten „Gefolgschaftsumzügen“ an dem von ihnen umbenannten 1. Mai in den „Tag der nationalen Arbeit“. Aus den Berichten der Braunschweiger Gestapodienststelle an das Geheime Staatspolizeiamt nach Berlin wissen wir, dass sich so manche der Belegschaften noch vor Erreichen des Kundgebungsortes im Verlauf des Marsches weitgehend „abgeseilt“ und sich der Zug weitgehend aufgelöst hatte. Der Widerwillen vieler Arbeiter gegen den Missbrauch des 1. Mai war unverkennbar. Gerhard Wysocki: Die Geheime Staatspolizei a.a.O. (Anm.17), S. 105f

<sup>58</sup> Vgl. Wolfgang Langhoff: Die Moorsoldaten, Essen 1974 mehrere Auflagen

Der aufgrund seiner Zugehörigkeit zur KPD im KZ Börgermoor inhaftiert Rudi Goguel komponierte das Lied „Die Moorsoldaten“ zu dem er sagte: „Das Lied entstand als bewusster Protestsong der Widerstandskämpfer gegen die Unterdrücker, um unsere höhere Moral gegenüber der Bestialität der SS öffentlich zu demonstrieren.“ Zusammen mit dem ebenfalls dort inhaftierten Schauspieler und Theater-Regisseur Wolfgang Langhoff, getextet vom Bergmann Johann Esser sowie einer Gruppe des vormals im Arbeitergesangsverein in Solingen aktiven Gefangenen wurde am 27. August 1933 während einer Lagerveranstaltung das Lied aufgeführt, in das rund 1000 weitere Gefangene kraftvoll einstimmten und als Protest gegen die Schin-

Gleichzeitig ist das Lied unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Staatsterrors, den die Häftlinge, die in der überwiegenden Mehrheit aus politischen Gründen dort inhaftiert waren, im KZ Börgermoor erfuhren, ein frühzeitiges Dokument dafür, sich trotz aller Widrigkeiten eben nicht aufzugeben. Der einzige Garant dafür ist die Klassensolidarität. Das Lied ist gleichzeitig eine Botschaft dafür, dass es eben nicht verkehrt gewesen sein konnte, sich für Rechte, Demokratie und Partizipation zu engagieren, denn – wie es weiter im Liedtext heißt – „ewig kann's nicht Winter sein“. Es ist besungene Solidarität und ein sich nach der Niederlage von 1933, den vielen Ermordeten und der Rechtlosigkeit im Konzentrationslager, wieder aufrichtendes Selbstbewusstsein, das am Beginn von bis dahin beispiellosen Unterdrückungserfahrungen stand, die am Ende des nazistischen Regimes in die Schwüre von Buchenwald und Mauthausen münden sollten:

„Wir schwören .... Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

(aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945)

"Der vieljährige Aufenthalt im Lager hat in uns das Verständnis für die Werte einer Verbrüderung der Völker vertieft.

Treu diesen Idealen schwören wir, solidarisch und im gemeinsamen Einverständnis, den weiteren Kampf gegen den Imperialismus und nationale Verhetzung zu führen.

...

Der Friede und die Freiheit sind die Garantien des Glücks der Völker, und der Aufbau der Welt auf neuen Grundlagen sozialer und nationaler Gerechtigkeit ist der einzige Weg zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker.

...

Im Gedenken an das vergossene Blut aller Völker, im Gedenken an die Millionen, durch den Nazifaschismus ermordeten Brüder geloben wir, daß wir diesen Weg nie verlassen werden. Auf den sicheren Grundlagen internationaler Gemeinschaft wollen wir das schönste Denkmal, das wir den gefallenen Soldaten der Freiheit setzen können, errichten: DIE WELT DES FREIEN MENSCHEN.“

(16. Mai 1945 – "Mauthausen-Schwur"  
verlesen durch den  
Kamerad Heinrich Dürmayer  
für das internationale Komitee)

### III.

#### Gerechtigkeit und Antifaschismus als Grundbedingung von Demokratie heute

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet ... Zu diesem Zweck werden alle ... militärischen und halb-militärischen Organisationen ... völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen; ...

Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; ... es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können ...“

(Potsdamer Abkommen)

„Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen“ – so Richard von Weizsäcker in seiner Rede 40 Jahre nach dem Tag der Kapitulation.<sup>59</sup> Sowohl die alliierten Siegermächte, als auch die Überlebenden der Konzentrationslager setzten das Ziel, dass sich Faschismus und Rechtsextremismus sowie Militarismus als Kraft – nicht erst in Gestalt eines Staates – etablieren, niemals mehr die sozialen und politischen Grundlagen des Zusammenlebens und niemals mehr Völkerfeindschaft und Krieg nähren oder gar dazu führen dürfen.

Jahrzehntelange Verharmlosungen von rechtsextremistischen Partei- und Gruppenbildungen in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Höhepunkt des – immer noch unaufgeklärten und unbewältigten – Bombenattentats auf dem Oktoberfest in München 1980 und die seit den letzten Jahrzehnten zunehmenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Entwicklungen, in der sich antisemitisches und fremdenhasserfülltes Gedankengut bis hin zur Anknüpfung an die nazistische Ideologie wieder verbreitet haben wird in den jüngsten Jahrzehnten seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von einer Reihe ebensolcher motivierten Brand- und Mordanschläge begleitet. Dafür stehen Namen wie Hoyerswerda 1991 Rostock-Lichtenhagen 1992, Mölln 1992, Solingen 1993, Lübeck 1996, Halle 2019, Hanau 2020, u.a.m. sowie die über 10 Jahre stattfindenden Mordaktionen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ NSU unter staatlicher Aufsicht<sup>60</sup> u.a. Ereignisse mit mindestens 213 Todesopfern rechter Gewalt seit dem Wendjahr 1990 sowie 13 weitere Verdachtsfällen,<sup>61</sup> darunter auch immer noch ungeklärte Todesfälle von Asylbewerbern u.a. in manch einer Polizeiunterkunft oder 477 Todesfälle durch den Schusswaffengebrauch der Polizei, wobei wiederum auch Polizisten durch Schüsse von rechtsextremen „Reichsbürgern“ ihr Leben verloren.<sup>62</sup>

An dieser Stelle sollen die erwähnten Ereignisse nicht als ein vorgezeichneter Weg in einen neuen Faschismus dargestellt oder behauptet werden. Damit würden wir den Männern, die in Rieseberg begraben liegen, nicht gerecht. Vielmehr soll die Aufmerksamkeit auf Vorgänge, Verhältnisse und Ereignisse gelenkt werden, vor denen die Protagonisten der Arbeiterbewegung und Demokratieverteidiger der Weimarer Republik, darunter eben auch die hier in Rieseberg hingerichteten Mandatsträger ihrer Klasse, seinerzeit mit Deutlichkeit gewarnt haben. Es geht dabei weniger um das eine oder andere als ein scheinbar (oder als solches erklärtes) isoliertes Ereignis. Es geht dabei vielmehr um die Verdichtung mehrerer solcher Ereignisse, die von rechter Ideologie und rechter Organisationskraft begleitet und getragen sind. Auch dann, wenn es sich scheinbar um „Einzeltäter“ handelt, die sich jedoch als „Ritter“, „Frontsoldat“ oder „Exekutor“ eines vermeintlichen Willens einer konstruierten „weißen Rasse“ definieren (Vorbild: Anders Breivik und der von ihm verübte Massenmord, bei dem 77 Menschen, überwiegend Jugendliche einer sozialdemokratischen Jugendgruppe, erschossen wurden sowie einem Manifest, bei dem von der Machart Erinnerungen an Hitlers „Mein Kampf“ hoch„gewürgt“ werden). Denn bevor „die SS zur Staatsmacht erhoben wurde, war Himmler auch nur ein ‚Tempelrit-

<sup>59</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985 in Bonn [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/02/150202-RvW-Rede-8-Mai-1985.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/02/150202-RvW-Rede-8-Mai-1985.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>60</sup> Siehe die Bilanz gezogen von Rolf Gössner: Mord unter staatlicher Aufsicht: Von Solingen zum NSU; in: Blätter 07 / 2028, S. 33-36.

<sup>61</sup> Eine umfassende Dokumentation mit der Beschreibung der konkreten Ereignisse stellt die Amadeu-Antonio-Stiftung <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> zur Verfügung.

<sup>62</sup> Eine laufende Dokumentation mit der Beschreibung der konkreten Ereignisse stellt das Institut für Bürgerrechte und Öffentliche Sicherheit e.V. mit Ihrem Magazin „Bürgerrechte & Polizei“ (CILIP) <https://www.cilip.de/> zur Verfügung.

ter'. Breivik: frei flottierender SS-Mann".<sup>63</sup> Auch die Einzeltäter werden zu diesem Handeln ermutigt: durch ihre Gruppenbeziehungen, die als „Peergroup“ gesehen werden können, als auch durch Politiker, die in Ihren Reden und Statements, wie etwa der just zum Ministerpräsident ernannte CSU-Politiker Edmund Stoiber von der Gefahr einer "Durchrassung" und "Durchmischung" der deutschen Gesellschaft sprach, den Eindruck vermitteln, dass hier durchaus jemand „aufräumen“ mal könne.<sup>64</sup>

Die Warnungen anlässlich jeder der einzelnen rechtsextremistischen Gewalt- und Terrorakte beziehen sich somit nicht nur auf die Tat selbst, sondern auch auf das gesamte Umfeld, genauer: auf die „Feldstruktur“ eines rechtsextremistischen Kulturmilieus. Einem Feld, in dem rassistische und antisemitische Ideologien das Gedankengut bestimmen, jugendgemäß begleitet durch rechtsextremistische Pop- und Rockmusik, in dem eine Führerkultur eingeübt wird, in dem geschürter Hass auf Andersdenkende und –Seiende gelenkt wird, in dem der kommunikative Austausch in den „sozialen“ Medien mittlerweile international geführt wird und damit Teil einer sozialen Bindungswelt bildet, in dem schließlich auch Schieß- und andere Kampftrainings abgehalten werden, in dem Pläne mit namentlichen Erschießungslisten erstellt werden und aus dem heraus eine sich bildende Meute zur Aktion mobilisiert – gegen Asylbewerber, „Linke“, „Penner“ oder mittlerweile eben auch gegen Politiker, die sich für das Recht von Schwächeren engagieren (wie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 zeigt).

### Warum diese Anmerkungen im Zusammenhang mit den Morden in Rieseberg?

Vergeltung, Rache haben die Verfolgten, die Familienangehörigen oder engen Freunde, Kollegen, Kameraden und Genossen der Ermordeten zu keiner Zeit gesucht – weder nach 1945 noch im gegenwärtigen Zusammenhang. Bemerkenswert ist, dass der Bundespräsident dies als Versöhnungs-geste Verfolgter für erwähnenswert hielt. So ging der Dank Horst Köhlers – anlässlich seiner Rede zur Befreiung der Häftlinge aus dem KZ Dachau – an die Verfolgten, dass sie keine Vergeltung gesucht haben.<sup>65</sup>

Umso mehr haben sie aber die Forderung nach Gerechtigkeit gestellt, die verbunden ist mit Aufklärung der Verbrechen, mit der Ahndung von Straftaten nach Grundsätzen und Verfahren, die den Namen Rechtsstaatlichkeit verdienen anstatt den Rechtsstaat, als der die Bundesrepublik Deutschland 1949 gegründet wurde, durch unterlassene Strafverfolgung zu beschädigen.<sup>66</sup> Darüber hinaus sind die Suche, würdige Bestattung und Ehrung der Toten und Verfolgten sowie Entschädigungsleistungen für die Überlebenden und ihre Familienangehörigen – jedenfalls im rechtsstaatlichen Verständnis – eine Selbstverständlichkeit, ein zustehendes Recht (und keine Holschuld). In dieser Hinsicht haben sich die deutsche Gesellschaft und der Staat –viele höhere Positionen im Exekutiv- und Verwaltungsapparat waren ab 1949 wiederum von ehemaligen nationalsozialistischen Tätern besetzt – eher um das Wohl der Tätergeneration besorgt<sup>67</sup> als um das Schicksal der Verfolgten, von denen nicht wenige wiederum

<sup>63</sup> Grundlegende Einsichten in das Leben solcher Täter vermittelt der Kulturwissenschaftler Klaus Theweleit durch sein bekanntes wiederaufgelegtes Werk „Männerphantasien“ sowie durch seine neuere Darstellung: Das Lachen der Täter: Breivik u.a. Psychogramm der Tötungslust, St.Pölten-Salzburg-Wien 2015

<sup>64</sup> Auch andere Politiker wie etwa Volker Rühle von der CDU und selbst aus der SPD Klaus Wedemeier stilisierten die Ausländer zum Problemthema im Wahlkampf hoch, in der Hoffnung, dadurch rechte Wählerstimmen zu gewinnen. Auffallend war, wie Politiker, die sich als aufgeklärte Demokraten darstellen, Sprachgebrauch des Vokabulars der Rechten, die wir schon von den Freikorps und den Nationalsozialisten der 20er Jahre kennen, bedienen. Da tauchen Menschen, die aus dem Ausland kommen und Hilfe suchen als "Masse", "Flut" und "Strom" von "Asylanten" auf, die uns zu "überschwemmen" und "überfremden" drohen. Vgl. hierzu auch den bissigen Kommentar von Klaus Bednarz in den ARD-Tagesthemen am Dienstagabend, den 1. Juni 1993, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 1993 oder aktuell auch die begleitenden Kommentare

<sup>65</sup> BPA Bulletin: Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler bei der Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau am 02. Mai 2010 in Dachau, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Regierungonline“ vom 05. Mai 2010

<sup>66</sup> Joachim Perels: Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Campus-Verlag, Frankfurt/Main / New York 1999; Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer-Instituts, Bd 7

<sup>67</sup> Von den zahlreichen Studien, die den Zustand der staatlichen Verwaltungen bis hin in die Reichs- bzw. Bundesorganisationen dokumentieren (nur verkürzte Auswahl)  
Auswärtiges Amt: Eckart Conze / Norbert Frei / Peter Hayes / Moshe Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010;  
Justiz: Manfred Görtemaker / Christoph Safferling: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016

neuen Diskriminierungen und Demütigungen ausgesetzt wurden, indem ihre Ansprüche mit juristisch abgefeimten Raffinessen als ungerechtfertigt abgelehnt wurden.<sup>68</sup> Eine seltene Ausnahme verkörpert Menschen wie der Jurist *Fritz Bauer*, der als deutscher Staatsbürger und Jude die Verfolgungsmaschinerie am eigenen Leib erlebt hatte.<sup>69</sup> Eine Vielzahl staatlicher Vertreter in Politik, Justiz und Verwaltung hat in den ersten Jahrzehnten der Republik diese Ansprüche als „kommunistische Kampfansage“ denunziert, um ihre eigene Beteiligung am nazistischen Regime zu verschleiern, und die Verfolgten, die sich in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und in den internationalen Freundeskreisen und Komitees ehemaliger Konzentrationslager-Häftlinge organisiert haben, zum Teil erneut einer staatlichen Verfolgung, wiederum – mit einer in den Jahren zuvor geübten – Begründung einer angeblich „kommunistischen Gefahr“, ausgesetzt.

Die mentale Haltung, die dahinter steckt, zeigt ein Blick über die Landesgrenze nach Spanien in die transnationale Erinnerungsbewegung, wo in den 30er Jahren Franco mit Hitlers Hilfe die Republik beseitigen und eine faschistoide Diktatur errichten konnte: Politische und gesellschaftliche Verantwortungsträger haben im heutigen Umgang mit der Geschichte stets die Wahl: Entweder Einsichten und Schlussfolgerungen aus der blutgetränkten Geschichte zu fördern oder die Zerrissenheit der Gesellschaft zu vertiefen. So entgegnete beispielsweise der ehemalige spanische Ministerpräsident José María Aznar (Christdemokrat) angesichts der Tatsache, dass Kinder und Enkel der von den Francisten getöteten Republikaner ihre in Massengräbern verscharrten Väter suchen, die Transparenz über die mittlerweile Jahrzehnte zurückliegenden Ereignisse, eine Öffnung der Gräber, Exhumierung der Toten und eine würdige Bestattung fordern, dass diese Leute sich nicht einbilden sollten, nachträglich noch den Krieg gewinnen zu können.<sup>70</sup>

Keine Anteilnahme, kein Aufklärungswille, kein Wort des Bedauerns, geschweige ein Wort der Entschuldigung, das erkennbar ist. Statt dessen droht er den Aufklärern: Ihr werdet den Krieg nicht gewinnen, denn wir führen ihn gegen Euch fort. Das Franco-Regime soll unangetastet und die Leichenberge, auf dem Franco und seine Eliten ihre Herrschaft begründet haben und somit in die Reihe historischer Traditionslinien der Landesgeschichte gehören, verscharrt bleiben.

---

Polizeien: Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001

<sup>68</sup> Die Darstellungen zu dem Thema in Betroffenenorganisationen und Wissenschaft legen ausreichend Zeugnis darüber ab; einleitend: Diverse Beiträge zur Wiedergutmachung und Gerechtigkeit; in: APuZ 25 – 26 / 2023 – 17. Juni 2013. Als kurze Auswahl hier zu nennen (namensalphabetisch nach Autoren):

Benjamin B. Ferenc: Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter, Frankfurt/Main 1981 (1979 bei Harvard University Press unter dem Titel „Less than slaves. Jewish Forced Labor and the Quest for Compensation“

Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 3. Aufl., München 2003

Jörg Friedrich: Die Kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1984

Klaus Körner: „Der Antrag ist abzulehnen“. 14 Vorwände gegen die Entschädigung von Zwangsarbeitern“. Eine deutsche Skandalgeschichte 1945-2000, Hamburg 2001

Thomas Lutz / Alwin Meyer (Hrsg.): Alle Opfer anerkennen und entschädigen – Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Berlin-West 1987

Hans-Rüdiger Minow: Der Zug der Erinnerung, die Deutsche Bahn und der Kampf gegen das Vergessen, Stuttgart 2014

Christoph Schneider: Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer, Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts, Frankfurt/Main 2017

Empfehlenswert ist in dem Zusammenhang die Beschäftigung mit dem einst von den Nazis verfolgten und ehemaligen Braunschweiger, später Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Von ihm und über ihn existiert mittlerweile eine Fülle an Literatur. Auch ein Blick auf die Seiten des Fritz-Bauer-Freundeskreises in Braunschweig, der sich in dem Zusammenhang mit dem Wirken von Fritz Bauer befasst, ist informativ.

<sup>69</sup> Im Zusammenhang mit dem Massenmord in Rieseberg: Fritz Bauer und der Rieseberg-Prozess. Der Beginn der Tätigkeit als Generalstaatsanwalt in Braunschweig auf dem Hintergrund des Rieseberg-Prozesses von 1950; in: Schriftenreihe des "Freundeskreises Fritz Bauer". Texte über den ehemaligen Generalstaatsanwalt in Braunschweig und Frankfurt am Main Fritz Bauer (1903-1968), Heft 3 [https://braunschweig-spiegel.de/wp-content/uploads/2013/07/FB\\_Rieseberg.pdf](https://braunschweig-spiegel.de/wp-content/uploads/2013/07/FB_Rieseberg.pdf)

<sup>70</sup> So Aznar gegenüber der Erinnerungsbewegung zur Auffindung der "Verschwundenen"; vgl. auch Ulrike Capdepon: Der öffentliche Umgang mit der Franco-Diktatur; in APuZ 30. August 2010  
siehe auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen um das Gesetz der Erinnerung an den Bürgerkrieg und die Diktatur Francos, von Alexandre Froidevaux (Hrsg.). 80 Jahre danach. Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939. Die spanische Gesellschaft und die deutsche Interventionen, hrsgn. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Okt 2018 sowie FAZ 12. Juli 2022

Die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus geschah auch im Nachkriegsdeutschland zunächst nicht aus dem Bedürfnis der Gesellschaft heraus und auch später nicht mit bewusster und freiwilliger Absicht heraus wie – erst 13 Jahre nach dem 8. Mai 1945 – der Beginn der ersten Strafverfolgung der Massenmorde im besetzten Europa im „Ulmer Einsatzgruppenprozess“ 1958 zeigte.<sup>71</sup> Die Verbrechen waren und sind als Bestandteil der deutschen Geschichte nicht auslöschar. Die Geschehnisse selbst, vor allem die Verbrechen, mussten – trotz Amnestie und Täterintegration – prägende Fußabdrücke in der Kultur der deutschen Nachkriegsgeschichte hinterlassen.

Oder – wie es der ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD *Theodor Haubach* beschrieb kurz bevor er im Januar 1945 wegen seiner Zugehörigkeit im "Kreisauer Kreis", eine der Widerstandsgruppen gegen Hitler, von der Nazi-Justiz hingerichtet wurde:

"Die Grenzen der Gewalt liegen nun darin, dass sie zwar die Person des Widerstandes, aber nicht die Gesinnung des Widerstandes vernichten kann. Wäre es praktisch möglich, sämtliche Gesinnungsträger des Widerstandes total zu vernichten, so käme die Ausrottung der Personen auch maximal einer Ausrottung der Gesinnungen nahe. Nicht aber kann bei einer solchen Ausrottung die Erinnerung an das Geschehene selbst vernichtet werden".<sup>72</sup>

Nur die öffentliche Erinnerung daran kann eine im Verschweigen erstarrte und mit annähernd suchartigen Ersatzanstrengungen (Wiedererlangung von Machtpositionen, Wachstum um jeden Preis, Konsum ohne Grenzen, .... bis hin zu ablenkenden „Events“ jeglicher Art) befasste Gesellschaft aus dem Dilemma lösen. Dass die Gesellschaft versagt hat, diese Botschaft hatten uns in den letzten Jahrzehnten schon die Staatsanwälte der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg übermittelt, angesichts der Tatsache, dass in zu vielen Fällen nationalsozialistische Verbrecher straffrei ausgingen während Verfolgte Jahre lang – oft vergeblich – um eine Anerkennung oder Entschädigung kämpften.<sup>73</sup>

Zwar wurde das allgemeine öffentliche Bekenntnis durch ein Regierungsoberhaupt erstmals durch die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages zum 08. Mai 1945 eingestanden und die Notwendigkeit einer neuen Besinnung betont,<sup>74</sup> dennoch scheint nach den darauffolgenden Jahren wissenschaftlicher Forschung über den Nationalsozialismus und einer Vielzahl an Gedenk- und Dokumentationsstätten über die Zeit des Verbrechens das Ziel, bereits den Anfängen zu wehren, wieder in die Ferne zu rücken.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik gingen die faschistischen Parteimitglieder und Täter – abgesehen von dem Versuch einiger sich als „Großmäuler“ ebenso wie als extremistische Vertreter gerierenden Altnazis mit einer neugegründeten „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP),<sup>75</sup> – weitgehend „in Deckung“ und widmeten sich ihrer persönlichen Karriere; die Jahre des ökonomischen Wachstums boten – zumal nach sechs Jahren Krieg und zahlreichen zerstörten Städten – dem Gros der Bevölkerung Bedingungen, unter denen rechte Gruppen keine größeren Sympathien erwerben konnten, denn

<sup>71</sup> Es war dann 1958 doch aufgefallen, dass ein Angehöriger der aus Polizei- und SS-Ämtern gebildeten als „Sonderkommandos“ bezeichneten Mordeinheiten nach dem „Abtauchen“ unter falschem Namen seine Einstellung in den Staatsdienst gerichtlich einzuklagen versuchte. In dem Zusammenhang kamen durch einen Prozess („Ulmer Einsatzgruppenprozess“) gegen die Einsatzgruppen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, den sogen. „Einsatzgruppen“, die Dimensionen des Mordens überhaupt erstmals in die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Heiner Lichtenstein: NS-Prozesse – viel zu spät und ohne System; in: APuZ 9 – 10 / 1981 – 28. Februar 1981 sowie Sabrina Müller, Timo John: Die Mörder sind unter uns: Der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958. Hrsg.: Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Stadthaus Ulm. Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2008

<sup>72</sup> Zit. n. Elke Suhr: Die Emslandlager Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefängnisse 1933-1945, Bremen 1985, S. 13

<sup>73</sup> Als nur ein bezeichnendes Beispiel sei hier der Umgang mit der jüdischen Gemeinde in Thessaloniki genannt, der seitens der Bundesregierung immer noch die Rückzahlung der Fahrtkosten verweigert wird, die die Juden der Deutschen Reichsbahn für ihren Transport in Viehwagen zum Vernichtungslager Auschwitz bezahlen mussten. Siehe Anm. Zug der Erinnerung, a.a.O. (Anm.68).

<sup>74</sup> Richard von Weizsäcker zum 08. Mai 1985 a.a.O. (Anm. 60)

<sup>75</sup> Darunter der den Umsturzversuch am 20. Juli 1944 niederschlagende Majors Otto Ernst Remer, gegen den Fritz Bauer als Generalstaatsanwalt in Braunschweig den „bedeutendste[n] Prozess mit politischem Hintergrund seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und vor dem Frankfurter Auschwitz-Prozess“ (Rudolf Wassermann, in: Recht und Politik, 1984-2, S. 78), ferner der aus Salzgitter bekannte Reichswerke-Personalchef Meinberg. Die Gruppe stand nicht nur Adenauers Westintegration im Weg (trotz seines Protegés Hans Globke im Kanzleramt), sondern wurde schließlich vom Bundesverfassungsgericht verboten.

nicht Ängste vor der Zukunft, sondern Zuversicht, aber auch der Arbeitsalltag bestimmte die Aussichten.

Die existentiellen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren geändert: Umweltliche und gesellschaftliche Veränderungen mehrfacher Art führen dazu, dass die Anpassung an neue Bedingungen – etwa der Preis des Umweltverbrauchs, die Umstellung auf neue Nutzungs- und Konsummuster, überschuldete Staatshaushalte, zunehmende Probleme in der Alters- und Gesundheitsversorgung, der Solidaraufwand für Menschen auf der Flucht, Kriege, die Europa verändern und Kosten für neue Aufrüstungsdimensionen bei gleichzeitig geringeren Wachstumsaussichten – viele Menschen in Unruhe und Angstzustände versetzen; inwieweit vieles real begründet ist, manches hysterisch konstruiert wird, sei zunächst dahingestellt. Auffällig ist jedenfalls der Sympathiezuwachs für rechtspopulistische und rechtsextreme Organisationen und Parteien, europaweit und in Deutschland vor allem der AfD.

### Welche Botschaft vermitteln uns also die in Rieseberg Ermordeten, derer wir gedenken? – Trotz eigener Irrtümer, denn es war ein staatlich vorsätzlich geplanter Mord

Wir kommen in Rieseberg am 4 Juli deshalb zusammen, weil hier diejenigen unserer Vorfahren ehren, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Nazismus engagiert haben. Deshalb wurden sie als Nazigegner umgebracht. Und wir ringen darum, eine gesellschaftspolitische Orientierung (Lehren scheint mir angesichts der Entwicklung zu vermessen) aus der Geschichte zu ziehen, um eine Wiederholbarkeit – ob in Gestalt von massenhaft auftretenden „Braunhemden“ oder in ziviler Form von Republikanern, Reichsbürgern, dem NSU nachempfundenen Gruppen oder AfDlern – zu verhindern.

Nun können wir auch beim gemeinsamen Gedenken nicht darüber hinwegsehen, als hätte es innerhalb der Arbeiterbewegung keinen Dissens gegeben, der das gemeinsame Vorgehen gegen den Faschismus verhindert hätte. Denn der Siegeszug des Nationalsozialismus über die erste durch die Arbeiterbewegung durchgesetzte Demokratie in Deutschland begann mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Tatsache, dass die Kräfte, die ab 1933 in braunen Uniformen den Ton angaben, sich bereits ab Ende 1918 sammelten und ihre verhängnisvolle Arbeit – eben auch mit Hilfe der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder – beginnen konnten.

Gemessen an der Geschichte der Menschheit, ist die Geschichte der Arbeiterbewegung eine junge Geschichte. Und in dieser jungen Geschichte gab es eine Reihe von Irrtümern. Eklatante und bis in unsere Gegenwart tiefe Wunden hinterlassende Irrtümer waren beispielsweise der Pakt, den sozialdemokratische Regierungsmitglieder mit den faschistischen Freikorps eingegangen waren, ebenso wie der zeitweise stalinistische Kurs der KPD und die Etikettierung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ und zeitweise Hauptfeind erklärten, wodurch ein vereintes Vorgehen gegen die faschistische Gefahr verhindert wurde.

Die Arbeiterbewegung, genauer viele ihrer aktiven Mitglieder, haben für diese Irrtümer und den Sieg der NSDAP und ihrer Unterstützer teuer bezahlt; und zwar mit dem höchsten Gut: Ihrem Leben, dem Leid ihrer Familienmitglieder und schließlich der vielfach erfolgten Angst, Einschüchterung und Resignation bis hin zur Anbiederung vieler der Überlebenden an das nazistische System.

Gedenkveranstaltungen sind sicher nicht der passende Anlass und Ort dafür, diese Konflikte zu diskutieren (auch wenn sie die Gedanken der Gedenkenden mitprägen). Aber allein die Tatsache, dass wir über die Risse, die sich unheilvoll für die Arbeiterbewegung im besonderen und die Gesellschaft im allgemeinen ausgewirkt haben, nicht hinwegsehen können, sondern daraus Konsequenzen ziehen müssen, stellen uns einige entscheidende Fragen an jede Veranstaltung, auf der wir der Ermordeten der nazistischen Gewaltherrschaft gedenken und wofür auch die in Rieseberg am 04. Juli 1933 ermordeten Betriebsräte stehen. Auch wenn es keine verbindlichen und voneinander abweichende Erinnerungsmuster gibt, so stellen sich doch entscheidenden Fragen, da eine Abwehr rechtsextremistischer Entwicklungen nur gemeinsam erfolgreich sein wird:

- Was eint uns in dem Zusammenhang – auch bei allen tagespolitischen Differenzen?
- In welcher Weise sollten sich Demokraten im Kampf gegen Rechts einigen und auszeichnen?
- Und durch welche ethischen Grundsätze muss eine rechtsstaatlich verfasste Gesellschaft charakterisiert sein, die die Bezeichnung Rechtsstaat verdient?
- Und demzufolge welche ethischen Grundsätze und Werte legen sich die organisatorischen Träger und Mitglieder von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht nur programmatisch zugrunde, sondern Handeln auch konsequent danach?
- Welchen Demokratisierungstendenzen ist Einhalt zu gebieten (siehe beispielsweise zur „Entgrenzung und Vergeheimdienstlichung der Polizei“ (Gössner))?

- Inwieweit müssen neue Abwehrmöglichkeiten gegen rechtsextreme Entwicklungen nicht nur diskutiert, sondern auch Instrumenten der kollektiven Handlungsfähigkeit – etwa des politische Streikrechts – in einem Rechtsstaat gesetzlich ermöglicht werden?
- Inwieweit sollte die ministerielle Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft – anstatt das Strafrecht grundgesetzwidrig zu nutzen, um „Widerständler pauschal zu kriminalisieren und sich populistisch zu profilieren“ – in eine der Justiz obliegenden Pflicht zur Ermittlung bei Gewalthandlungen und Hintergrundmotiven selbst wenn nur der Verdacht auf rechtsextremistische Zusammenhänge besteht?<sup>76</sup>
- Inwieweit sollten in diesem Zusammenhang stehende Bereiche der politischen Bildung für alle Arbeitnehmer ausgeweitet und stärker gefördert werden?<sup>77</sup>
- Inwieweit sind Bürgerinnen und Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, ... u.a.m. engagieren?
- ....

Unabhängig von tagespolitischen Differenzen lautet die Antwort darauf, dass – aus den Erfahrungen von 1933 – eine demokratische und rechtsstaatliche Politik nur dann glaubwürdig ist, wenn sie sich umfassend und konsequent von einer antifaschistische Haltung leiten lässt, mit der diejenigen unterstützt werden, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren. Dazu gehört seitens der Politik – wie es der ehemalige Nürnberger Hermann Glaser bereits vor 20 Jahren vortrug:

„Wichtig wäre eine „Ermutigungsatmosphäre, die aus der Gewissheit handeln lässt, sich in einem inneren Konsens mit anderen zu befinden.“<sup>78</sup>

Gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit ist somit notwendig, wenn

- Minderheiten diskriminiert und ausgegrenzt werden,
- antisemitisches Gedankengut Einzug hält,
- Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit geschürt wird,
- rassistische Ausgrenzungen betrieben werden,
- sexuelle Orientierungen verunglimpft werden,
- Bürgerinitiativen und Vereine, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus die Unterstützung entzogen wird (siehe etwa das Bestreben, diesen Vereinigungen die Gemeinnützigkeit zu entziehen),
- Grundrechte aus Zweckmäßigkeitsgründen oder politischen Interessen eingeschränkt oder abgebaut werden,
- gesellschaftspolitische Probleme nicht sachlich erörtert und zu lösen versucht, sondern dämonisiert und als Werk einzelner Menschen, ob als Versagen oder Verschwörung, hingestellt werden,
- Straftaten rechter Täter sowie das dazugehörige Umfeld nicht konsequent aufgeklärt und verfolgt werden,
- staatliche Akteure in irgendeiner Form mit den Tätern in Verbindung stehen und geschützt werden (siehe unaufgeklärte Beteiligungen bei den Morden des NSU u.a.m.),
- Richter und Staatsanwälte den Charakter rechtsextremer Taten verharmlosen und gar selbst durch rechte Gesinnung und politische Meinungsbildung in Urteilen rechtspopulistischen Entwicklungen

---

<sup>76</sup> Der Kritiker, der Richter a.D. und Journalist Heribert Prantl bezieht sich hier auf die „Klimakleber“, die „kleine Fehler“ machen und die Strafverfolger, die „große Fehler“ machen, wobei letztere – wie das Verfassungsrecht lehre – „den Wert der Demonstrationsfreiheit nicht verstanden“ hätten. Beides – so der Autor – sei dumm, weil es der Sache schade, aber nicht kriminell, nachdem der Autor in geschickter Weise einen „Kalauer“ vorausgesetzt hat: „Wäre dies hier das Skript für ein politisches Kabarett, dann würde ich jetzt fragen, ob die Generalstaatsanwaltschaft in München eine kriminelle Vereinigung ist, weil sie die „Letzte Generation“ auf ziemlich abenteuerliche Weise als kriminelle Vereinigung verfolgt. Prantls Wochenvorschau in Süddeutsche Zeitung vom 01. Juni 2023 Hinsichtlich der Praxis, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, haben solche „großen Fehler“ von staatlicher Verfolgungsorgane weitaus ernstere, nämlich auch tödliche Konsequenzen (NSU-Morde, Massaker von Hanau).

<sup>77</sup> So werden beispielsweise Antisemitismusbeauftragte den Antisemitismus als Amtsträger kaum verhindern, wenn keine breitenwirksame politische Bildung dafür angeboten wird. Der Charakter von Faschismus und Nazismus wird auch nicht allein aus Lehrbüchern begriffen, wenn der Lernprozess nicht gleichermaßen sowohl mit Erkundungen als eigenen Aktivitäten verknüpft wird.

<sup>78</sup> Zivilcourage verlangt scharfen Verstand. Öffentliche Appelle brauchen weder stereotype Klischees noch leerlaufendes Pathos, von Hermann Glaser; in: Das Parlament wird Nr. 27 – 28. Juni 2004

Vorschub leisten oder gar Straftaten – wie bei Anschlägen auf Synagogen – den Tätern antisemitische Motive absprechen.<sup>79</sup>

- exekutive Instanzen gegenüber dem Parlament und der Justiz und damit der Öffentlichkeit zunehmend in die Unkontrollierbarkeit entrücken,
- Konzerninteressen politische Entscheidungen zulasten von Bürgerinnen und Bürger beeinflussen oder aushebeln,
- Akteure in Politik und Verwaltung rechtsstaatliche Prinzipien und Gesetze mit Lügen zu umgehen versuchen,
- militärisches Denken und militärische Konzepte friedenspolitische Optionen bis zur Unsichtbarkeit überlagern oder gar denunzieren,
- politische Akteure gegen völkerrechtliche Prinzipien und Vereinbarungen verstoßen, um Kriegseinsätze – i.d.R. mit Falschinformationen der Öffentlichkeit gegenüber – zu legitimieren,<sup>80</sup>
- ....

der rechtsstaatliche Charakter wird auch beschädigt, solange

- Verfolgte und Familien, die durch die nazistischen Verfolgungen diskriminiert, gesundheitlich beschädigt (dazu gehören alle Terrormaßnahmen, die der Aufrechterhaltung des Nazi-Regimes dienen) nicht rehabilitiert und entschädigt werden und statt dessen mit juristischen Feinessen abgewiesen werden;<sup>81</sup>
- nicht alle Justizurteile, die von der Ordentlichen oder Sondergerichtsbarkeit einschl. Kriegs- und Feldgerichten gefällt wurden, konsequente Aufhebung und die Entschädigung der Betroffenen und Familienangehörigen nicht entschädigt werden;<sup>82</sup>
- solange diejenigen Gesellschaftsmitglieder, die nach dem Krieg im Rahmen einer staatlich-hysterischen Kommunismhatz kriminalisiert – wir reden von 150.000 bis 200.000 davon Betroffene – nicht rehabilitiert und entschädigt werden (sogar NS-Opfern und Widerstandskämpfern wurden sogar die Wiedergutmachungsrenten aberkannt);<sup>83</sup>

<sup>79</sup> Ein ausgesprochen bedenkliches Bild über den Zustand von Teilen der Justiz seit dem Erstarken des Rechtspopulismus attestiert anhand zahlreicher konkreter Fälle der Jurist Joachim Wagner: Rechte Richter und Staatsanwälte. Eine Gefahr für den Rechtsstaat?, Berlin 2022 / Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) Bonn 2022

<sup>80</sup> In diesem Zusammenhang spricht Fritz Bauer (1965) die negative Einstellung deutscher Juristen gegenüber dem Völkerrecht noch vor der allgemein erkennbaren Gefahr einer Diktatur in Deutschland an. So hätten unter „dem dröhnenden Beifall der Studenten, die später Richter, Diplomaten, Offiziere wurden“ Professoren über das „‘Völkerrecht‘ gewitzelt“. Insbesondere „Carl Schmitt, ein deutscher Staats- und Völkerrechtler, später auch ein geistiges Haupt des Nazismus, klagte und jammerte 1926 über die ‚Verrechtlichung‘ des Völkerlebens. .... Die Bemühungen des Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg um eine Ächtung des Krieges nannten sie geringschätzig ‚internationalen Rechtsbetrieb‘. Alle Bemühungen um eine Pazifizierung der Welt charakterisierte Schmitt als ‚krankhafte Rechtsaufblähung‘ Die Folgen kennen wir: den Bruch von Nichtangriffspakten, die Verschleppung von Millionen Arbeiter besetzter Gebiete, den ‚Nacht- und Neben-Erlaß‘ und was der Verbrechen mehr waren.“ Fritz Bauer: Die Wurzeln, a.a.O., S. 25 (Anm. 3)

<sup>81</sup> Joachim Perels: Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung. Die rechtliche Aufarbeitung von Hitlers Verbrechen ist gescheitert oder folgte sogar der Logik des NS-Rechts; in: Die Zeit Nr.5 – 26. Januar 2006, S.51 sowie Spiegel-Gespräch: „Das ganze Volk hat versagt“. Der Leitende Oberstaatsanwalt Alfred Streim über die juristische Bewältigung deutscher Vergangenheit; in: Der Spiegel 7/1995, S. 30-34  
Vergl. auch Adalbert Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1984. // Peter Reichel / Harald Schmid / Peter Steinbach (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009. // Annette Weinke: Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958-2008, Darmstadt 2008

<sup>82</sup> Wie wenig selbst die Parteien, die nicht müde werden, ihre Demokratiefähigkeit bis in jede Talkshow zu präsentieren, den Unrechtsstaat verstanden haben, zeigen die Umgänge mit den Aufhebungsbegehren im Falle von Desertion oder Urteilen unter dem Begriff „Kriegsverrat“. Selbst das Gros der SPD-Abgeordneten hat bis zum Jahre 2009 den Charakter des – um Bauers Begriff von 1965 zu bemühen – nazistischen Unrechtsstaates zur unzureichend begriffen (wozu allerdings noch ein vom Bundestag bestellter Sachverständiger vom Militärgeschichtlichen Forschungsinstitut beigetragen hatte). Eine informative Zusammenfassung aufgrund seine eigenen Engagements gibt der OLG-Richter a.D. Helmut Kramer: Landesverrat, Justiz und Medienmacht. in: Ossietzky Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 18, 31. August 2013

<sup>83</sup> Siehe Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. Verdrängung im Westen – Abrechnung mit dem Osten?, Berlin 1998, akt. und erw. Neuauflagen sowie auch Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht 1954 – 1985. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 2017, S. 95-146

- solange die Verbindungen und Aktivitäten deutscher Unternehmen bzw. Unternehmensvertreter im Ausland, wo sie mit Diktaturen zusammengearbeitet haben<sup>84</sup> oder deutsche Staatsangehörige ermordet wurden, ohne dass sich die Justiz zu Ermittlungen veranlasst sah (nur als ein Beispiel: Elisabeth Käsemann) aufgeklärt werden;<sup>85</sup>
- ....

Schließlich gehört dazu auch die Fähigkeit und der Wille zur Kapitalismuskritik, denn – so eine weitverbreitete Erkenntnis 1945 – »Wer von Faschismus redet, darf von Kapitalismus nicht schweigen«.<sup>86</sup> Die Frage, die sich in der politischen Debatte und der Wissenschaft stellt ist dabei, inwieweit der Kapitalismus nicht nur demokratiefeindlich ist (weshalb die Schwächeren durch Verfassung und gesetzliche Regularien geschützt werden müssen), sondern inwieweit er sogar langfristig zu faschistoiden Entwicklungen tendiert, wie sie einst der Berliner Theaterdramaturg Heiner Müller zugespitzt hat: Eigentlich – so seine provokante Aussage – habe Hitler den Krieg gewonnen. Nicht er selbst und nicht die nazistischen Eliten, sondern als Prinzip, das sich global durchgesetzt habe. Und dieses Prinzip ist das der Selektion im weitesten Sinn.<sup>87</sup> Festzustellen ist jedenfalls, dass nur dort, wo eine Gesellschaft in der Lage ist, den Staat und seine Organvertreterinnen und -vertreter sowohl durch Verfassung und Gesetze als auch durch ein breites zivilcouragiertes Engagement für Menschenrechte darauf zu verpflichten, die Menschenwürde in den Vordergrund zu stellen, wie es im GG zuvorderst festgeschrieben ist. Dass in einer solchen Gesellschaft – letztlich aufgrund der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse – soziale Ungerechtigkeiten fortgesetzt oder erneut herstellt und forciert, ist das Strukturproblem der Gesellschaft. Aber genau deshalb muss es in dem Zusammenhang in einem Rechtsstaat geradezu ein Alarmsignal sein, wenn private Unternehmen – denken wir beispielsweise nur an die jüngst in die Schlagzeilen geratenen Versandbetriebe wie Amazon oder Zalando oder einige Supermarktketten – sich so gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verhalten, als würden selbst verbriefte Rechtstitel faktisch nicht mehr existieren: Wahlen zum Betriebsrat werden durch die Geschäftsleitungen geschickt unterlaufen, die Arbeitsbedingungen unterliegen unzumutbaren Regeln (digital-computergesteuerte oder personell infiltrierte Überwachungsvorgänge, krankheitsfördernde oder unfallträchtige Arbeitsverrichtungen) und bei Verdacht gewerkschaftlicher Betätigung erfolgt die Kündigung. Die Beispiele lassen sich für viele Bereiche – mag es sich um die euphemisch als „Niedriglohnssektor“ bezeichneten Sparten oder prekäre Arbeitsbedingungen verschiedener Art sowie die wachsende „Schattenwirtschaft“, in denen auch die Gewaltverhältnisse zunehmen, handeln – fortsetzen.

Ein Gedenken anlässlich der Mode in Rieseberg wird an dieser Stelle nicht die gesamte Palette kritikwürdiger und gefahrenträchtiger Probleme aufzählen können. Die Berechtigung, all diese Themen gerade auch im Zusammenhang mit den in Rieseberg und den anderen Ermordeten anzuführen, rührt nicht zuletzt daraus, dass diejenigen, denen wir gedenken sowohl Kapitalismuskritiker waren wie um das Wohl ihrer Kolleginnen und Kollegen sozial engagierte Gewerkschafter; sie waren Visionäre für eine auf dem Solidarprinzip zu stellende sich rasant entwickelnde Industriegesellschaft und sie waren

<sup>84</sup> Die Forschungsarbeiten über die Kollaboration des Autobauers Volkswagen mit der brasilianischen Militärdiktatur in den Jahren 1964 bis 1985 durch den Historiker Christopher Kopper hatten ergeben, dass der VW-Werkschutz an brasilianischen Standorten Oppositionsaktivitäten von Mitarbeitern überwachte, mit der brasilianischen Politischen Polizei (DOPS) zusammenarbeitete und so auch die Verhaftung von mindestens sieben Mitarbeitern sowie Misshandlungen von Mitarbeitern erleichterte. Darüber hinaus habe es "schwarze Listen" von Kollegen gegeben. Zwar hat Volkswagen die Forschungsarbeit selbst in Auftrag gegeben, aber erst nachdem 2015 von Opfern in Brasilien Anzeige gegen VW erstattet worden war und die damalige Präsidentin Dilma Rousseff auf Klärung bestand. Volkswagen habe die Militärdiktatur bis Ende der 1970er Jahre „uneingeschränkt gebilligt“, heißt es in dem Bericht, um sich dadurch ein günstiges Marktumfeld zu sichern. Christopher Kopper. Volkswagen do Brasil in der brasilianischen Militärdiktatur 1964-1985: Eine historische Studie", Wolfsburg 2017; siehe auch Bericht in der taz 15.12.2017, <https://taz.de/Folter-und-Festnahmen-in-Brasilien/!5471006/> und den Bericht in <https://www.automobilwoche.de/nachrichten/zusammenarbeit-einzeln-mitglieder-des-werkschutzes-mit-geheimpolizei>. Ein weiteres Beispiel ist die Kollaboration von Daimler Benz mit der argentinischen Militärdiktatur, die dazu geführt hat, dass 14 Mitglieder des unabhängigen Betriebsrates des Mercedes Werkes im Jahre 1977 entführt und ermordet wurden. Gaby Weber: Die Verschwundenen von Mercedes Benz; hrsgn. von der Informationsstelle Lateinamerika (Ila) und dem Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein (RAV), Göttingen 2001

<sup>85</sup> Der Fall Elisabeth Käsemann: Bemerkenswert ist, wie der deutsche Justiz (auch das Auswärtige Amt) mit deutschen Angehörigen umgegangen ist, die von Militärdiktaturen ermordet wurden, nämlich mit fadenscheinigen Begründung die Mordermittlungen abzulehnen, wobei der Mord an Elisabeth Käsemann nur eines von vielen Beispielen ist. <http://www.elisabeth-kaesemann-stiftung.de/fall-kaesemann.html>.

<sup>86</sup> Den uns bekannten Satz prägte Max Horkheimer aus der Frankfurter Schule von Max Horkheimer - [15619502.html](http://www.elisabeth-kaesemann-stiftung.de/fall-kaesemann.html)

<sup>87</sup> Heiner Müller: "Eigentlich hat Hitler den Krieg gewonnen". In: *Der Freitag*, 20/1995 - 12. Mai 1995. S. 11.

zugleich Antifaschisten, die die Gefahr der Zerstörung der Weimarer Republik sehr klar erkannt hatten. Deshalb berühren diese konkreten Aspekte im Zusammenhang betrachtet und das Gedenken nicht einem „historisierten Schlussstrich“ zu überlassen, einen zentralen neuralgischen Punkt, der am Schluss in seiner Diskrepanz noch mal zugespitzt werden soll:

Massenmorde durch massenhaftes Erschießen der jüdischen Bevölkerung im ukrainischen Baby Yar, durch Aushungern der Bevölkerung in Leningrad und durch industriellen Mord in den Vergasungsanlagen von Auschwitz-Birkenau u.a. Vernichtungslagern der Nazis waren die Folge der Zäsur im Frühjahr und Frühsommer von 1933. Erst die zahlreichen nazistischen Verbrechen während des Krieges und die nahende Aussicht, dass die überfallenen Länder zunehmend den Krieg nach Deutschland trugen, hatten dazu geführt, dass etwa Offiziere der Wehrmacht, die 1933 die Regierung Hitlers enthusiastisch begrüßt hatten, sich nunmehr zusammenschlossen, um Hitler mittels eines Attentats zu beseitigen.

Am 40sten Jahrestag des 20. Juli 1944 sah die Historische Kommission auf ihrer Tagung in Berlin unter dem Thema „Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler“ den gescheiterten Aufstand gegen Hitler als Beweis dafür an, dass die „Geschichte des deutschen Widerstandes erwiesen“ habe, „dass Diktatoren nur wirksam bekämpft werden könnten, bevor sie an die Macht gelangt seien.“ Eine der Schwächen des Widerstandes sei es u.a. gewesen, die Brutalität des Regimes zu unterschätzen.<sup>88</sup>

Demzufolge hätte Hitler daran gehindert werden müssen, überhaupt die Kanzlerschaft anzutreten zu können oder zumindest zu Beginn seiner Kanzlerschaft wieder entlassen werden müssen (was – nebenbei gesagt – für jede Militärdiktatur gilt, die die Opposition mit Geheimpolizei und Terrorbanden niederschließen lässt). Dass es 1933 in Deutschland nicht dazu gekommen ist, hat damit zu tun, dass sich die bürgerlichen Kräfte und in der Endphase der Weimarer Republik unterstützt durch Vertreter der Großindustrie den Nazis eher angedient anstatt ihnen widerständig Einhalt geboten haben. Die von den Nationalsozialisten verfolgten politischen Gegner, wie die hier in Rieseberg ermordeten Arbeiterbetriebsräte, kannten – anders als die auch nur wenigen später zum Widerstand entschlossenen Personengruppen – die Gefahren von Anbeginn und engagierten sich dagegen.

Unser GG enthält eine Reihe von Instrumenten zum Schutz vor rechtsextremistischen und faschistischen Entwicklungen (Art. 20, Art. 20a, Art. 21) ebenso die Konvention der Menschenrechte. Art. 20, Abs. 4 GG fordert sogar, dass „Gegen jeden, der es unternimmt“, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, „alle Deutschen das Recht zum Widerstand“ haben, „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ – also genau das, wofür die in Rieseberg Ermordeten standen. Gleichwohl ist mittlerweile eine „Verstümmelung“ des gesamtdeutschen Grundgesetzes, wie sie der Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist Rolf Gössner in seinem Lebenswerk beschreibt, nicht zu übersehen.<sup>89</sup>

Es bedarf deshalb geradezu des Engagements von Menschen in der Gesellschaft und im Staat, weshalb seinerzeit eine Empfehlung der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts die Bedeutung des Widerstandes verkennt. So seien – ihr zufolge (1994) – durch die Garantien und Instrumente der Verfassung „den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Wege eröffnet worden, die den Eintritt des Widerstandsfall unwahrscheinlich machen sollen; denn all diese Elemente der Demokratie geben den Bürgerinnen und Bürgern Mittel in die Hand – zum Beispiel durch den Gang zur Wahlurne, durch Meinungsfreiheit und das sich Versammeln aus politischem Impetus –, um den Anfängen wehren zu können.“<sup>90</sup>

<sup>88</sup> Die Schwäche des Widerstandes gegen Hitler. Eine Bilanz zum 40. Jahrestag des Attentats auf den Diktator; zit.n. NZZ vom 11. Juli 1984. Die grundlegenden Kontroversen zum Widerstand enthält der Band von Jürgen Schmäddecke / Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsgn. im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, München 1984. Siehe auch Peter Steinbach: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn 2001.

<sup>89</sup> Siehe hierzu eine Zusammenfassung in der Rede, die Rolf Gössner am 23. Mai 2019 zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes im DGB-Haus in Frankfurt/M. während einer Fachtagung der LEA-Bildungsgesellschaft der GEW Hessen zum Thema "Autoritäre Wende? Demokratie und Grundrechte auf dem Prüfstand" gehalten hat; erschienen in: vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr 225/226, Hefte 1-2/2019), S. 155-170; hier unter der Überschrift „70 Jahre Grundgesetz - 70 Jahre Verfassungswirklichkeit: eine kritische Bilanz“ vom 03.10.2019 (Teil 1) und „Szenenwechsel: Von der alten in die neue Bundesrepublik“ vom 06.10.2010 (Teil 2) auf: <https://www.telepolis.de/features/70-Jahre-Grundgesetz-70-Jahre-Verfassungswirklichkeit-eine-kritische-Bilanz-4542260.html> /<https://www.telepolis.de/features/Szenenwechsel-Von-der-alten-in-die-neue-Bundesrepublik-4544598.html>.

<sup>90</sup> Jutta Limbach, a.a.O., (Anm. 51)

Die Erfahrungen 15, 20 Jahre später und aktuell zeigen, dass das offenbar nicht so ist, jedenfalls nicht ausreichend, um „den Anfängen zu wehren“. Wir sind mittendrin, in den – mittlerweile ziemlich fortgeschrittenen – Anfängen, weshalb es Frauen und Männer bedarf, die in allen gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen, in denen sie tätig sind, rechtsextremistischen und faschistoiden Einflussnahmen Einhalt gebieten. Denn der Staat, seine Amtsträger in den verschiedenen Gewalten, leisten es allein nicht, weshalb wir schließlich der Gewaltenteilung bedürfen. Die exekutiven Organe sind keine demokratischen Einrichtungen, sondern unterliegen deshalb den staatlichen Verfassungsorganen, denen eine Kontrolle über die Exekutive, deren Nachrichten- und Polizeiorgane sich allzu gern und nicht selten mit Erfolg der öffentlichen Kontrolle zu entziehen versuchen, zusteht. Der parlamentarische Arm ist oft zu schwach, zumal ein Gros von Mandatsträgern mehr an eigener Karriere interessiert ist, während engagierte Mandatsträgern im kommunalen Bereich aufgrund von Einschüchterungen durch rechtsextremistische Gewaltauftritte ihr Mandat zum Schutz ihrer Familien wieder an den Nagel hängen. Es bedarf deshalb vieler Demokraten, die sich darin engagieren, weshalb nicht erst die Besetzung von Mandaten und Ämtern durch rechte Parteien demokratieabträglich ist, sondern auch die Koalitionsbereitschaft der sich als demokratisch verstehenden Parteien mit der Rechten (siehe z.B. die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten in Thüringen bei der Plenarsitzung am 5. Februar 2020 mit Stimmen der FDP, CDU und AfD).

Umso befremdlicher erscheint die Leichtfertigkeit, mit der Politiker, die einen Amtseid geschworen haben und dennoch die rechtsextremistischen Entwicklungen jahrzehntelang verharmlost haben. Denn so wie die nationalsozialistischen Gewalt- und Vernichtungsverbrechen die tiefsten Spuren in der Geschichte eines Landes und seiner Gesellschaft hinterlassen haben, so ziehen sich die Verbrechen rechtsextremistischer Attentäter und Mörder seit dem Oktoberattentat in München als fortgesetzte Aneinanderreihung von Fußabdrücken durch die Geschichte der Bundesrepublik.

Antifaschisten sollten gleichwohl die Möglichkeiten einer demokratischen Verfassung – selbst noch im „verstümmelten“ Zustand – nicht unterschätzen. Denn letztlich ist es die Basis, auf der die Konflikte und damit auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus zivil und rechtsstaatlich ausgeglichen werden kann. Jede weitere Verstümmelung jedoch, wird die Bedingungen für die Bewahrung der Demokratie und Menschenrechten verschlechtern. Auch das ist bereits eine der Erfahrungen, die die Antifaschisten ab 1930 und vor allem 1933 gemacht haben, und vor der wir heute stehen und deshalb auch jeder weiteren Verstümmelung entgegenzutreten – oder wieder auf Reparatur drängen – müssen.

Zu leicht geraten Menschen auch in eine Mittäterschaft, ohne sich bewusst dafür entschieden zu haben, denn allein den Abbau von Rechtsgütern zu tolerieren, über Ausgrenzung Andersseiender hinwegzusehen oder Hilfesuchenden die rechtmäßige Unterstützung zu verweigern u.a.m. bilden potentielle Einfallsstore. Privilegiensicherungen sind nur spezifische Formen der Auslese, d.h. der Ausgrenzung anderer. Die Empfänglichkeit großer Bevölkerungsanteile für rechtskonservative und rechtsextreme Botschaften, die vorgeben Probleme zu lösen, aber nicht indem sie sich der Probleme annehmen, sondern nur auf Distanz halten oder gar auf Kosten anderer abwälzen wollen, lässt sich auch heute nur allzu gut wahrnehmen: Beobachtbar nicht zuletzt im Zuspruch für eine Partei, für die die Geschichte des Nazi-Regimes nur „ein Vogelschiss“ – so ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender Gauland 2018 – in einer „1000jährigen“ (wieso gerade 1000 – weil das „1000jährige Reich“ Hitlers die nächste Phase werden sollte?) Geschichte darstellt.<sup>91</sup> Die Wahlerfolge der AfD,<sup>92</sup> die sich – politikwissenschaftlich – zwar nicht als eine faschistische Partei, sondern eher als eine extremistisch-rechtspopulistische beschrieben wird (was die Mitgliedschaft faschistisch orientierter Mitglieder nicht ausschließt) hat auch die politische Kultur in Deutschland dramatisch verändert.<sup>93</sup> Denn allein schon die anwachsenden Sympathiewerte sowie ihre verbreitete Existenz in den parlamentarischen Verfas-

<sup>91</sup> Der Partei- und Fraktionschef der AfD, Alexander Gauland, hat die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland relativiert. "Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte", sagte Gauland beim Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative im thüringischen Seebach (02.06.2018). <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219> / <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html>

<sup>92</sup> In der Wahl zum niedersächsischen Landtag hat die AfD mit 11 Prozent der Stimmen ihr Wahlergebnis gegenüber der vorhergehenden Wahlperiode fast und ihre Mandate von 9 auf 18 verdoppeln können; in Wolfsburg, einer Stadt mit überdurchschnittlich hohem Anteil von Arbeiterfamilien sogar 12,5 %, Gifhorn Nord / Wolfsburg 16,8 % und Salzgitter 18,4 %.

<sup>93</sup> Der Göttinger Politikwissenschaftler Alexander Hensel sagt im Interview mit NDR.de, dass trotz eines moderaten Wahlkampfes der extreme Flügel nicht unterschätzt werden sollte. [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl\\_2022/Abschneiden-der-AfD-Neue-Tendenz-die-wir-so-nicht-kannten,afd2946.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtagswahl_2022/Abschneiden-der-AfD-Neue-Tendenz-die-wir-so-nicht-kannten,afd2946.html)

sungsorganen und die damit politisch hoffähig gewordenen Anspruchshaltungen tragen dazu bei, die Tore für entsprechend anfällige Gesellschaftsmitglieder zum Rechtsextremismus und Faschismus weiter zu öffnen. Als historische Lehre zog sechs Jahre zuvor der sozialdemokratische „Vorwärts“ bereits den Schluss: eine „Unterschätzung der AfD ist „brandgefährlich.“<sup>94</sup> Dramatisch ist darüber hinaus, wie sehr sich Parteien, die sich selbst gern in „der Mitte“ verorten, nach rechts rücken in der Hoffnung, dem „Original“ dadurch Wähler abwerben zu können. Eines der Beispiele bildet die Politik der Bundesregierung und der EU in der Asylpolitik. Die damit einhergehende von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch u.a. dokumentierte Brutalisierung im Umgang mit Flüchtlingen – vom Ertrinken lassen im Mittelmeer bis hin zu den menschenunwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingslagern – bestätigen rechtsextremistische Charaktere und Organisationen obendrein in ihrer Ideologie, denn „politische Rohheit ist ansteckend.“<sup>95</sup> Die aktuellen Debatten und der Dissens innerhalb der Regierungsparteien ist Ausdruck dafür, dass alle Beteiligten wissen, dass hier ein weiterer Tabubruch begangen und Rechtsgrundsätze über Bord geworfen werden. Die entscheidende „Sollbruchstelle“ des Gewissens beschreibt der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Metin Kaya als letzter Redner am Pult während der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft, nachdem er sich Volksvertreter die 75 Minuten lang die zuvor heftig geführte Debatte zum Asylkompromiss angehört hatte. Er sei entsetzt darüber, dass er:

„in einem Parlament des Landes, das die Welt zweimal in Schutt und Asche gelegt hat und dessen Bürger unter faschistischer Diktatur in verschiedene Länder geflohen sind“, derartige Redebeiträge hören müsse. Das erfülle ihn „mit Trauer, mit Wut, aber auch mit Scham“.<sup>96</sup>

Die Aktiven der Arbeiterbewegung vor 1933 haben sich von Anbeginn gegen all solche Entwicklungen gestellt. Dafür stehen die in Rieseberg ermordeten Arbeiterbetriebsräte. Sie haben Lösungen gesucht, die im Kern auf dem Solidarprinzip gründeten. Gerade angesichts der vor uns stehenden weltweiten Probleme hat sich für uns heute an diesem Orientierungsprinzip und der damit verbundenen Aufgaben nichts geändert. Es gilt somit, die Arbeit mit solchen Erkenntnissen aus der Geschichte fortzusetzen.

Mein Dank für Beiträge und Hinweise zur Manuskriptveränderung gilt auf der „Baustelle Demokratie“ Heide Janicki und Hansi Volkmann

Braunschweig 04. Juli 2023

<sup>94</sup> So der Autor Matthias Quent nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt: „Je mehr Raum der Angst in der Politik eingeräumt wird, desto dünner wird das Eis, auf dem die Demokratie steht. .... Sicher: Die AfD ist nicht die NSDAP und 2016 ist nicht 1930. Dennoch stellen sich Fragen nach gemeinsamen sozialen Mechanismen und historischen Lehren“. Wahlerfolg der AfD: Wenn Angst Argumente ersetzt; in: Vorwärts 14. März 2016.

<sup>95</sup> So Prantl über den „Kompromiss der Schäbigkeit“ in der Süddeutschen Zeitung vom 10. Juni 2023 u.a. daran erinnernd, dass drei Tage nach der Asyl-Abstimmung 1993 im Bundestag der Brandanschlag von Solingen erfolgte, bei dem fünf türkische Frauen und Mädchen von Rechtsextremisten ermordet worden waren (SZ 04 Juni 2023). Alle bekannten Menschenrechtsorganisationen laufen gegen den am 08. Juni 2023 getroffenen Asylkompromiss der 27 Innenministerinnen und Innenminister aus der Europäischen Union Sturm und warnen vor dem geplanten „Tabubruch“. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden wie ein potentieller Bruch rechtsstaatlicher Grundsätze aus politischen Interessen, Machtverhältnissen und Zweckmäßigkeitsgründen begangen wird. „Ausverkauf der Menschenrechte (medico international 12. Juni 2023 u.a. NROen). Die Begründungen zum aktuellen „Asylkompromiss“ von der sozialdemokratischen Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der grünen Außenministerin Annalena Baerbock (Im Zweifelsfall Machtpolitikerin, Die Zeit [zeit.de/politik/deutschland/2023-06/eu-asylreform...](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-06/eu-asylreform...)), die sich mit der Aura einer „feministischen Außenpolitik“ zu umgeben versucht, sind unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geradezu jämmerlich. Statt zu versuchen, wie die Bundesinnenministerin, den Kompromiss auch noch medial als einen „historischen Erfolg“ anzupreisen, sei offenkundig, dass darin „nicht einmal ein Mindestmaß an Mitmenschlichkeit“ zu finden sei (Kontext Wochenzeitung).

<https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/637/ausverkauf-der-menschenrechte-8916.html?timestamp=1686707988&cHash=ffe4c06605a73336e200acfea45e4717>

Kerem Schamberger: „Asylkompromiss“: Ausverkauf der Menschenrechte, medico international 12. Juni 2023; Pro Asyl vom 09. Juni 2023: Ausverkauf der Menschenrechte: Deutschland stimmt für Aushebelung des Flüchtlingssschutzes, <https://www.proasyl.de/news/ausverkauf-der-menschenrechte-deutschland-stimmt-fuer-aushebelung-des-fluechtlingssschutzes/>; Pressemitteilung von Pro Asyl vom 20. Juni 2023 „Werdet nicht zu Totengräber\*innen!“; <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/werdet-nicht-zu-totengraeberinnen/>

<sup>96</sup> Zit.n. dem Beitrag der Journalistin Jana Werner in der Welt vom 23. Juni 2023: „Diese Debatte erfüllt mich mit Trauer, mit Wut, aber auch mit Scham“; <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article245996458/Asyl-Diese-Debatte-erfuellt-mich-mit-Trauer-Wut-aber-auch-Scham.html>; Kein Mensch ist illegal – Menschenrechte statt Grenzverfahren unter Haft, faire Asylverfahren statt Abschreckung – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 22. Wahlperiode / 70. Sitzung am 21. Juni 2023